Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Reinh. Drescher, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Pollender, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 234. **Halle, Mittwoch den 9. Oktober 1918.** **2. Jahrgang.**

Um die Zukunft des Sozialismus.

St. Am Tag der Veröffentlichung der deutschen Friedensnote hat das Zentralorgan unserer Partei der Vorwärts an die Arbeiterklasse Deutschlands einen eindringlichen Appell gerichtet, den Richtungsstreit einzustellen und die Einigkeit in der Arbeiterbewegung, wenn nicht sofort herbeizuführen, so doch einzuleiten und vorzubereiten. Wenn die Völker, so wurde dort gesagt, miteinander Frieden schlössen, sollten die deutschen Arbeiter einander nicht an die Kehle fahren. Der Uebergang zur Friedenswirtschaft stelle die Arbeiterklasse vor die ungeheuersten Probleme, die nur im Geiste des Sozialismus gelöst werden könnten. Die nächste Aufgabe sei die Aufhebung der gesellschaftlichen Klassenunterschiede, sie erfordere die ganze Hingebung der Arbeiterklasse. „Darum", schloß der Vorwärts, „laßt in werdender neuer Welt unnütz Erinnern, verderblichen Streit begraben sein."

Darauf antwortet die Parteileitung der Unabhängigen mit einem Aufruf, der die schärfste Kampfansage gegen die deutsche Sozialdemokratie darstellt. Der Aufruf enthält keine einzige Forderung, die nicht auch von der sozialdemokratischen Partei ebenso oder ganz ähnlich gestellt wurde, überschlägt sich aber in Anklagen gegen die sozialdemokratische Partei, deren Unsinnigkeit für jeden, der nüchternen Denkens noch fähig ist, offen zutage liegt.

So wird z. B. behauptet, die sozialdemokratische Partei verfechte nicht die Forderung der Amnestie. Nun hat der Vorwärts in seinem oben zitierten Artikel vom 6. Oktober die Amnestie nicht nur gefordert, sondern, was etwas mehr ist, sie angekündigt. Fordern ist leicht und bequem, das wissen wir aus alter Zeit. Durchsetzen ist schwerer. In diesem Fall hatte aber die Sozialdemokratie schon ein gut Stück des geforderten durchgesetzt, ehe noch die Unabhängigen mit dem Fordern begannen.

In dem Aufruf wird weiter gesagt, die Sozialdemokratie sei in die Regierung berufen worden, um die bürgerliche Gesellschaft zu stützen; sie habe die Forderung aufgegeben, daß die Katastrophe des Weltkriegs von der Sozialdemokratie ausgenützt werden müsse, an Stelle des kapitalistischen Systems das sozialistische zu setzen. In dem programmatischen Artikel des Vorwärts vom 6. Oktober wird genau das Gegenteil dahon klar ausgesprochen. Daß die Sozialdemokratie die bürgerliche Gesellschaft stützen will und den Sozialismus preisgibt, ist weiter nichts als eine Wahnvorstellung, die den Unabhängigen von ihrem krankhaften Haß gegen ihre einstigen Parteigenossen eingegeben ist. Allerdings, das geben wir zu: Wir betrachten den Sturz der bürgerlichen Gesellschaft und die Verwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische nicht als die Aufgabe der nächsten 14 Tage oder drei Wochen. Die Aufgabe dieser nächsten Zeitpause ist, einen gesicherten Frieden für alle Völker der Welt herzustellen und die Umwandlung Deutschlands in ein demokratisches Staatswesen zu vollziehen. Das ist, wie wir ohne weiteres zugestehen, noch nicht alles, aber es ist doch immerhin schon etwas, und wenn die Sozialdemokraten zu diesem nächstliegenden Zweck in die Regierung eingetreten sind, so wird man das allgemein, von einem kleinen Häuflein eingeschworener Fanatiker abgesehen, sehr gut begreifen.

Der Aufruf der Unabhängigen sagt, die sozialdemokratische Partei sei ohnmächtig und einflußlos gewesen, solange das Kriegsglück den Imperialisten günstig war, obwohl sie oder richtiger, weil sie Kriegskredite bewilligte. Darauf wird die Frage erlaubt sein, zu welcher Macht und zu welchem Einfluß die Unabhängigen dadurch gelangt sind, daß sie die Kriegskredite verweigerten, und wieviel Sekunden der Krieg dadurch verkürzt worden ist. Die Sozialdemokratie hat die Forderungen ihrer auswärtigen und inneren Politik allerdings nicht durchsetzen können, solange die bürgerliche Welt im Siegesrausch schwelgte, in manchen Augenblicken schien sie wirklich beinahe so einflußlos wie die Unabhängigen. Aber all das, was in den letzten Tagen geschehen ist und von dem selbst die Unabhängigen gesagt haben, daß es gut ist, ist doch nicht von den Unabhängigen, sondern von den Sozialdemokraten gemacht worden. Die Unabhängigen taten bei dieser Gelegenheit, was sie immer tun: sie standen mit den Händen in den Hosentaschen dabei und versicherten, sie könnten das alles viel besser.

Der Aufruf der Unabhängigen nennt schließlich als ein Ziel die sozialistische Republik. Daß dies einfach das alte sozialdemokratische Ziel ist, dürfte wohl allgemein bekannt sein. Wenn die Unabhängigen damit etwas besonderes vor uns voraus haben wollen, so müssen sie schon erklären, wir hätten es aufgegeben, was uns natürlich niemals eingefallen ist. Wenn ein Unterschied der Auffassungen bestehen sollte, so könnte er höchstens die Mittel der Methode betreffen, aber selbst das scheint nicht der Fall zu sein, da der Aufruf von „tiefen Umwälzungen" und „Umgestaltungsprozessen" spricht, also mit Ausdrücken operiert, die wir uns vollständig zu eigen machen können. Auch die Unabhängigen sind ebenso wie wir, um die russische Terminologie zu gebrauchen, Menschewiki, der Unterschied besteht nur darin, daß wir das offen aussprechen, während es die Unabhängigen mitunter lieben, sich bolschewistisch zu kostümieren.

Wie zum Hohn proklamiert der unabhängige Aufruf zum Schluß „die Einigkeit des Proletariats unter dem unbefleckten Banner der Unabhängigen". Diese „Einigkeit" ist natürlich gar nichts anders als durch die Zertrümmerung der ganzen Arbeiterbewegung zu erreichen, die bisher, von einer kleinen Minderheit abgesehen, im Lager der Sozialdemokratie steht. Wäre diese „Einigkeit" überhaupt zu erreichen, so nur auf dem Weg eines vieljährigen zerrüttenden Kampfes innerhalb der Arbeiterklasse selbst, und das in einem Augenblick, der mehr denn je festen Zusammenhalt, unbedingte Solidarität, stärksten Ausbau der Organisation erfordert.

Ein historischer Wendepunkt.

Die Entscheidung ist gefallen. Der erste große Akt der Demokratisierung Deutschlands hat sich vollzogen — vorläufig nur der erste Akt, aber er hat mit einer Energie eingesetzt, die noch vor wenigen Wochen selbst von denen, die zuversichtlich einen baldigen Systemwechsel der Reichsleitung erwarteten, kaum vorausgesehen worden ist, und weitere Akte müssen, wenn es auch kaum an Rückschlägen fehlen dürfte, mit innerer Notwendigkeit folgen. Die neue Reichsregierung hat sich als parlamentarische Koalitionsregierung der Reichstagsmehrheit konstituiert, die deutsche sozialdemokratische Partei besetzte verschiedene der wichtigsten Posten mit ihren Vertrauensmännern, und in der Sitzung des Reichstages vom 5. Oktober — vielleicht ein historisch noch weit bedeutsamerer Gedenktag für die künftige Geschichte des Deutschen Reiches als der 4. August 1914 — hat der neue Reichskanzler im Namen dieser Mehrheitsregierung ein Programm angekündigt, das sich in allem Wesentlichen mit den von der sozialdemokratischen Partei als Bedingung ihrer Mitwirkung aufgestellten Forderungen deckt. Zugleich hat die neue Regierung dadurch, daß sie bereits in der Nacht zum 5. Oktober durch Vermittlung der Schweiz ein offenes Friedensangebot an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika richtete, als ihre Aufgabe anerkannt, endlich den mehr als vierjährigen Weltkrieg durch einen Friedensschluß zu beenden, der dem deutschen Volk den allmählichen Wiederaufbau der zerstörten Werte gestattet.

Damit beginnt eine neue Zeit in der Entwicklung des Deutschen Reiches und besonders Preußens. Das seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie leidenschaftlich bekämpfte preußische Dreiklassenwahlrecht fällt, und ihm werden bei richtiger Anwendung der freigesetzten Volkskraft die Reste jener staatlichen Einrichtungen folgen, die noch aus der Zeit der Lehnsherrschaft und des altpreußischen Beamtenstaats in das jetzige Zeitalter hinüberragen.

Ein großer historischer Moment: die aus dem Weltkrieg hervorbrechende Revolutionswoge greift auf Deutschland über, nicht die Revolution mit wallendem Flammenhaar, die in Rußland im vorigen Jahre ihren Einzug gehalten hat, sondern eine friedliche Umwälzung der staatlichen Lebensverhältnisse, die aber vielleicht einst von der Geschichte als bedeutsamer für den Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse bewertet werden wird, als die jetzige russische Revolution für den Aufstieg der russischen Arbeiterklasse.

Wie kurzsichtig erscheinen uns heute jene weisen, später meist in die Reihen der sog. „Unabhängigen" übergegangenen Politiker, die noch vor zwei, drei Jahren höhnisch über die Ansicht spotteten, der Weltkrieg bedeute eine Weltrevolution, deren Folgen sich für die Gestaltung des zukünftigen Europa noch weit gewaltiger erweisen würden, als das große Revolutionsdrama, das sich an der Wende des 18. Jahrhunderts in Frankreich abgespielt hat. Nachdem zunächst im Anfang des Krieges diese Politiker auf Grund ihrer tiefen Einsicht in das Wirtschaftsgetriebe und ihrer gründlichen theoretischen Studien als sicher angenommen hatten, daß bereits nach wenigen Monaten die kapitalistische Wirtschaft zusammenbrechen und aus der chaotischen Götterdämmerung des Kapitalismus mit unvermeidlicher Notwendigkeit die sozialistische Gesellschaftsordnung hervorgehen werde, verfielen sie schon am Ende des ersten Kriegsjahres, als ihre utopischen Hoffnungen sich nicht erfüllten, in das entgegengesetzte Extrem und verkündeten nun mit gleicher Sicherheit, das Ende des Krieges werde in allen beteiligten Staaten die Zurückschraubung des Wirtschaftslebens auf jenen Entwicklungsstand sein, der dort vor vierzig, fünfzig Jahren existiert habe; eine Rückkehr zu früheren Wirtschaftsformen, der auf politischem Gebiet eine allgemeine Reaktion entsprechen werde. Hatte man erst prophezeit, der Weltkrieg werde mit dem Krach des Kapitalismus und dem Sieg des Sozialismus enden, so verkündete man nun, das Ergebnis des Krieges werde ein allgemeiner wirtschaftlicher und politischer Rückgang, der Todesfrieden des Kirchhofes sein.

Die tatsächliche Entwicklung hat weder die eine, noch die andere Prophezeiung bestätigt. Sicherlich forderte der Krieg ungeheure Blutopfer; sicherlich zerstörte er Riesenwerte, die nützlicher zur geistigen und materiellen Hebung der Volksmassen Verwendung gefunden hätten, und ferner kann nicht bestritten werden, daß er — abgesehen von Amerika und Japan — in allen kriegführenden Ländern eine ungeheure Erschöpfung hinterläßt; aber ebenso sicher ist auch, daß er den Anstoß zu vielen technischen Erfindungen und Verbesserungen gegeben, die Betriebs- und Kapitalskonzentration gefördert, neue Industrien ins Leben gerufen hat, und daß daher, wenn es wieder an das Aufbauen des Zerstörten geht, dieses Aufbauen mit ganz anderen Mitteln und in ganz anderer Weise erfolgen wird, als vor vierzig, fünfzig Jahren. Ebensowenig hat der Krieg zu einer allgemeinen politischen Erschlaffung und Resignation der Völker geführt. In Rußland hat er den Sturz des Zarentums und des absoluten Regierungssystems zur Folge gehabt; in der Donaumonarchie hat er die Selbständigkeitsbewegung der verschiedenen Nationen mächtig gefördert, die voraussichtlich mit der Errichtung eines Bundesstaates enden wird; in Deutschland hat er eine starke demokratische Strömung hervorgerufen, die ihren Ausdruck in dem jetzigen Regierungssystemwechsel findet und auch in England hat er bereits zu einer völligen Umschaltung des politischen Lebens, zu der Verleihung des weiblichen Stimmrechts, zur Neuorganisation der Arbeiterpartei und einer mächtigen Ausdehnung der irischnationalistischen Bewegung geführt. Uebrigens nur der Anfang der in England bevorstehenden Umwälzung, denn ihr Hauptteil wird erst nach dem Kriege eintreten, wenn sich auf dem bisher von der englischen Finanz, Industrie und Schiffahrt beherrschten Weltmarkt die Konkurrenz der erstarkten amerikanischen Kapitalsmacht geltend machen wird.

Die großen Politiker der „Unabhängigen" haben sich demnach als schlechte Beurteiler der politischen und wirtschaftlichen Lage erwiesen. Wir sollten deshalb auch ihren jetzigen Hohn über die aktive Teilnahme unserer Partei an der neuen parlamentarischen Regierung nicht zu viel Gewicht beimessen. Wenn sie sich jetzt — genau wie der äußerste rechte Flügel der Agrarkonservativen — abseits stellen, der neuen Regierung im voraus Gegnerschaft ankündigen und den Eintritt von Sozialdemokraten in das Ministerium als Streberei verdächtigen, so ist das nur die Konsequenz ihrer bisherigen Haltung. Sie würden die von ihnen durchgeführte Parteispaltung, ihre Hetze gegen die „Regierungssozialisten", ihre unbedingte Opposition gegen alle und jede Verbesserungsmaßnahmen selbst als verfehlt bloßstellen, wenn sie jetzt zugeben wollten, die Einsetzung der neuen Regierung bedeute einen gewaltigen Schritt vorwärts, und sie sähen sich daher genötigt, in der einen oder anderen Weise, sei es auch unter Verzicht auf direkte Mitwirkung, diese Regierung zu unterstützen. Einmal auf verkehrtes Geleise geraten, gibt es für sie nur noch eine Verneinung um jeden Preis, und es ist daher nur konsequent, wenn jetzt das Mitteilungsblatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins sogar die Friedensbemühungen des Reichskanzlers mit der albernen Begründung abweist, die jetzige Regierung sei nicht in der Lage, „die Schultern der Arbeiterklasse vor den unwägbaren Lasten eines Notfriedens zu bewahren".

Für unsere Partei sind andere Auffassungen maßgebend. Wir können heute, wo der Reichskarren festgefahren ist, nicht einfach, mit den Händen in den Hosentaschen, bei Seite stehen und höhnisch erklären: „Was geht uns das an; mag nur alles zum Teufel gehen!" Denn der, der in solchem Fall vor allem für die Fehler des bisherigen Regierungssystems zu büßen hätte, wäre der Arbeiter. Gerade im Interesse der deutschen Arbeiterschaft müssen wir nicht nur versuchen, in der jetzigen Lage zu retten, was zu retten ist, sondern auch bei dem kommenden Wiederaufbau des Wirtschaftslebens die Hand im Spiele zu haben, um dort möglichst jene Arbeiterforderungen durchzusetzen, die der Würzburger Parteitag für die Uebergangsperiode aufgestellt hat. Was wäre denn die Folge, wenn die Sozialdemokratie ablehnen würde, sich an der Regierung zu beteiligen? Entweder bildete sich eine Regierungskoalition, in der die Konservativen einen starken Einfluß hätten und diesen zur Hintertreibung aller demokratischen Fortschritte sowie zur Fortführung des Krieges ausnutzten; oder aber es käme eine militärische Diktatur zustande. Möglich, ja wahrscheinlich, daß diese sich nicht lange zu halten vermöchte. Was aber dann? Soll dann die Sozialdemokratie wieder die Beteiligung an der Regierung ablehnen und alles treiben lassen, wie es und wohin es treibt; oder soll sie nun, nachdem alles noch weit mehr verfahren ist, mit Hand anlegen? Das hieße doch nur, den Eintritt in die Regierung bis zu einem Moment aufschieben, wo fast nichts mehr zu retten ist.

Wir können nicht die Politik der „Unabhängigen" treiben, und ihre Nörgeleien dürfen keinen Einfluß auf unsere Entschließungen haben. Für uns kann lediglich in Betracht kommen, ob unsere Handlungen dem Interesse der Arbeiterklasse dienen, und ob wir meinen, daß wir sie einst vor der Geschichte rechtfertigen können, die dann von einem höheren Standpunkt aus die heutigen Vorgänge nicht nach jetzigen Augenblicksstimmungen und Parteigegensätzen, sondern danach beurteilen wird, wie weit sie dem gesellschaftlichen Fortschritt gedient haben. Lassen wir deshalb die „Unabhängigen" nörgeln und höhnen und halten wir uns an den Wahlspruch Dantes, den auch Marx sich zu seinem Wahlspruch erkoren hat: „Geh' deinen Weg und laß die Leute reden!" Verkehrt wäre deshalb auch, aus wohlabgemessener Distanz jede Handlung der sozialdemokratischen Mitglieder der neuen Regierung argwöhnisch zu betrachten und wo sich etwas zeigen sollte, was nach lokalen Parteiansichten oder Auslegungen des Mindestprogramms als nicht ganz korrekt erscheint, sofort mit kleinlicher Kritik beginnen. Das würde alle Wirksamkeit der in die Regierung entsandten Parteimitglieder hemmen. Gewiß, unsere Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre haben keine persönliche Politik zu treiben; sie bleiben Beauftragte der Partei und unterstehen ihrer Kontrolle. Aber nicht minder gewiß ist, daß sich bisher noch keine große politische Umwälzungsbewegung nach vorher festgesetzten Programmen und Schemata vollzogen hat. Dazu kommt, daß unsere Parteigenossen eine keineswegs leichte Bürde in einer Zeit sich überstürzender Ereignisse, tiefster Mißstimmung und bitteren Nahrungsmangels übernehmen, und daß sie ferner — auch darüber sollte man sich nicht täuschen — mit dem passiven Widerstande einer vielfach konservativ gerichteten Beamtenschaft zu kämpfen haben werden, die wenigstens zum Teil nichts lieber als eine Diskreditierung ihrer sozialdemokratischen Vorgesetzten sehen würde. Der Beamtenstand ist durchaus noch nicht auf seine neuen Aufgaben umgestellt. Verlangt die Partei, daß unter solchen Umständen ihre Beauftragten etwas leisten, muß sie sich auch mit ihrer Macht als geschlossener Phalanx hinter sie stellen.

H. Cunow.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181009-12/fragment/page=0001

Der Krieg im Westen.

Der deutsche Abendbericht.

wb. Berlin, 8. Oktober 1918 abends. (Amtlich.) Zwischen Cambrai und St. Quentin, in der Champagne und an der Maas haben sich neue schwere Kämpfe entwickelt. Südlich von Cambrai und nördlich von St. Quentin wurde der feindliche Angriff abgewiesen, in der Mitte der Schlachtfront gewann er Boden; hier standen wir am Abend im Kampf westlich Bohain und entlang den von Bohain auf Cambrai und St. Quentin führenden Straßen.

In der Champagne und an der Maas sind die Angriffe des Feindes gescheitert.

*

Berlin, 8. Oktober. Die Blutopfer der Entente in den letzten schweren Schlachten an der Westfront, die durchweg zu Abwehrerfolgen der Deutschen führten, machen sich im Ententelager empfindlich bemerkbar. Wenn auch noch mit weiteren starken Angriffen zu rechnen ist, so steht doch heute bereits fest, daß Foch das für diesen Herbst gesteckte Ziel, die Durchbrechung der deutschen Linien und den entscheidenden Sieg nicht erringen wird. Es setzt daher die Entente-Propaganda in doppelt verstärktem Maße ein, um durch übertriebene Meldungen deutscher Verluste die Zuversicht der eigenen Truppen zu stärken und die Moral der deutschen Soldaten zu zermürben. Soweit die Zusammenstellung der deutschen Verluste an Vermißten und Gefangenen bereits vorliegen, übertreffen die Entente-Meldungen die Wirklichkeit um ein Vielfaches. Ein schlagenderer Beweis als diese Feststellungen ist jedoch die Tatsache, daß die angeblich so geschwächten und demoralisierten deutschen Truppen dem Ansturm der überlegenen englisch-französisch-amerikanischen Heere noch immer standhalten.

Oesterreichischer Heeresbericht.

wb. Wien, 8. Oktober. Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Tiroler Südfront war gestern die Tätigkeit der feindlichen Batterien außerordentlich lebhaft. Infanterievorstöße wurden im Keim erstickt.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die in die altserbischen Grenzgebirge vorgeschobenen Deckungstruppen wurden unter stetigen Verzögerungskämpfen auf Leskovac zurückgenommen.

Der Rückmarsch des Generalobersten Freiherrn von Pflanzer-Baltin geht ohne jedwede Störung durch den Gegner vor sich. Die von den Italienern als Siege gefeierten Kämpfe sind lediglich Gefechte weit zurückgelassener schwacher Nachhuten. Der Chef des Generalstabes.

Ablehnung der Note durch den englischen Arbeiterverband.

tu Amsterdam, 8. Oktober. Reuter erfährt aus London, daß das Vollzugskomitee des englischen Arbeiterverbandes einstimmig den folgenden Beschluß angenommen hat: „Der englische Arbeiterverband lenkt die Aufmerksamkeit der englischen Bevölkerung auf die **arglistige, höchst gefährliche** Einkleidung der Veröffentlichung von Friedensvorschlägen des deutschen Kanzlers. Da wir der Meinung sind, daß die große Mehrheit der Völker in den alliierten Ländern fest entschlossen ist, **keine Friedensunterhandlungen zu eröffnen,** ehe nicht alle von Deutschland und seinen Bundesgenossen besetzten Gebiete geräumt sind, fordern wir auf das nachdrücklichste, daß **nicht über Frieden verhandelt wird, ehe die Mittelmächte nicht denselben Bedingungen, wie sie Bulgarien auferlegt wurden, zustimmen.“**

Wo ist heute der internationale Sozialismus, da es im Ernste gilt, im Sinne der neuen deutschen Regierung für den Frieden zu wirken?

Der Plan einer gemeinsamen Kundgebung der Entente-Sozialisten?

Journal du Peuple meldet, daß der sozialistische Landesrat Frankreichs noch in der Sonntagnacht Telegramme an die englische Arbeiterpartei und die amerikanische Bruderpartei absandte, um eine gemeinsame Kundgebung der Sozialisten der Ententeländer zur Friedensfrage herbeizuführen.

Die deutsche Vaterlandspartei gegen den Waffenstillstand.

Wir werden um die Veröffentlichung der folgenden Erklärung ersucht:

Die Deutsche Vaterlandspartei erblickt in der Verhandlungsgrundlage, die die Regierung anzunehmen sich bereiterklärt hat, das **notwendige Ergebnis einer schwachen und ziellosen politischen Leitung** seit Beginn des Krieges. Die Deutsche Vaterlandspartei hat seit ihrem Bestehen diese Politik auf das lebhafteste bekämpft, leider ohne Erfolg.

Jetzt sehen wir uns einem Schritte gegenüber, den wir als Tatsache hinnehmen müssen und nicht mehr ändern können. Wir halten es aber für unsere Pflicht von jetzt an auf die **furchtbare Gefahr hinzuweisen,** in die wir uns begeben würden, wenn wir durch einen **Waffenstillstand** England und unseren übrigen Feinden die ersehnte **Möglichkeit** geben, sich neu zu **versorgen,** und uns so **wehrlos machen** würden, bevor wenigstens eine Grundlage der Verhandlungen festgelegt ist, die Ehre, Bestand und Zukunft des deutschen Volkes wahrt.

Uns aber und allen Gesinnungsgenossen erwächst die heilige Pflicht, mit äußerster Kraft alles zu tun, um das **deutsche Volk** zur Erkenntnis der ihm drohenden Gefahren zu bringen, und wenn nötig, zur **höchsten Widerstandskraft gegen unsere Feinde anzuspornen.** Nur dann, nur, **wenn unsere Feinde** eine solche Gesinnung im deutschen Volke erkennen, kann es noch gelingen, statt einer schmachvollen, unsere Zukunft zertrümmernden Unterwerfung einen ehrenvollen Frieden zu erreichen.

Berlin, den 6. Oktober 1918.

Der Vorstand der Deutschen Vaterlandspartei.

Polens Erneuerung?

In einem Aufrufe, den der polnische Regentschaftsrat an das polnische Volk gerichtet hat, heißt es u. a.: „Für die Zukunft des Polenreiches sei jetzt die entscheidende Stunde gekommen. Der einmütige Wille der Nation müsse auf die Grundsätze gerichtet sein, die die Schaffung eines unabhängigen Staates unter Einbeziehung aller polnischen Gebiete und mit einem Zugange zum Meere zum Ziele hätten. Durch internationale Vertrage müsse die politische und wirtschaftliche Integrität des künftigen polnischen Königreiches garantiert werden. Alle Polen müßten jetzt zusammenstehen. Der unter anderen politischen Verhältnissen geschaffene Staatsrat wird aufgelöst und eine neue Regierung gebildet werden, deren Aufgabe es ist, den neuen Ereignissen Rechnung zu tragen. Die Vorbereitung für allgemeine Landtagswahlen müßten ungesäumt getroffen werden.“

Dazu erfahren wir, daß der Abbau der deutschen Zivilverwaltung in Polen bevorsteht. Die Frage, wann mit diesem Abbau begonnen werden und wie er sich abwickeln soll, ist weniger dringend, da die polnische Regierung auf dem Standpunkt steht, daß **die militärische Okkupation nach bezubehalten sei.** Die polnische Regierung ist in diesem Sinne bei der deutschen Regierung vorstellig geworden.

*

Eine Berliner Wolffmeldung besagt: „Verschiedene Zeitungen glauben aus einem Begrüßungstelegramm des Reichskanzlers an den polnischen Regentschaftsrat, in dem eine möglichst baldige Behebung der noch bestehenden Okkupationslasten in Aussicht gestellt wird, herauslesen zu sollen, daß die deutsche Okkupation in Polen sofort aufgehoben würde. Für eine derartige Auslegung bietet der Wortlaut des Telegramms auch **nicht den mindesten** Anhalt. Das Telegramm stellt vielmehr lediglich in Aussicht, daß manche als unbequem empfundenen Erscheinungen der Okkupationsverwaltung gemildert und den hierüber geführten Klagen abgeholfen werden soll.“

Richtiger wäre es jedenfalls, wenn Polen so bald wie möglich sich selbst überlassen würde.

Lord Cecils erfüllte Bedingung.

Eine einzige Erklärung aus dem Munde eines leitenden deutschen Staatsmannes.

Lord Robert Cecil gewährte dem Londoner Korrespondenten der Neuen Zürcher Zeitung am 2. Oktober in London eine Unterredung. Er sprach sich sehr ausführlich über den **Gedanken des Völkerbundes** aus, der nach Cecils Ansicht Fortschritte macht, besonders nach der Rede des schweizerischen Bundespräsidenten Calonder, der mit größtem Nachdruck den staatsmännischen Gesichtspunkt betont habe, daß der Hauptzweck eines solchen Völkerbundes darin zu bestehen habe, dem Gedanken des Rechtes an Stelle der Gewalt im internationalen Verkehr den Sieg zu verschaffen. **Der deutlichste Beweis für den Fortschritt des Gedankens des Völkerbundes liege wohl in der Tatsache, daß er auch im deutschen Volke immer mehr Wurzel schlage und daß die große Mehrheit des deutschen Volkes jede Möglichkeit, dem Krieg** ein Ende zu machen und künftigen Kriegen vorzubeugen, begrüße. Dies werden alle diejenigen, die wissen, was das deutsche Volk gelitten hat und noch zu leiden hat, gerne glauben. Weniger leicht sei es, die Frage zu entscheiden, in wie weitem Maße **die deutschen Staatsmänner und Politiker** mit dem Gedanken der Begründung des Völkerbundes aufrichtig sympathisieren. Bisher habe sich ihre Zustimmung mit wenigen Ausnahmen auf allgemeine Redewendungen beschränkt. Man vernehme viele Reden, aber **wahrscheinlich würde eine einzige Erklärung aus dem Munde eines leitenden deutschen Staatsmannes genügen, die Welt dem erstrebten Ziele näher zu bringen.** Dieser müßte **die bündige Versicherung** abgeben, daß **Belgien geräumt** und in seiner **unbeschränkten Unabhängigkeit wiederhergestellt,** sowie auch die **übrigen Fragen ohne Annexionen und ohne Entschädigungen mit schuldiger Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker** bei Friedensschluß geregelt werden, endlich daß gegen eine Wiederkehr des Krieges durch **Abrüstung, Schiedsgerichte und Begründung eines Völkerbundes** Schutzwehren geschaffen werden müssen.

*

Das Bekenntnis des deutschen Staatsmannes, das Lord Cecil am 2. Oktober noch vermißte, ist in dem Friedensangebot des neuen deutschen Reichskanzlers und in der Kanzlerrede vom 5. Oktober abgelegt worden; den „handgreiflichen Beweis für seine Sinnesänderung“ hat das deutsche Volk, wie auch England inzwischen erfahren haben wird, gegeben. Wird jetzt Lord Robert Cecil die Konsequenzen aus seinen Worten ziehen?

Gegen englische Wortklaubereien.

Nach einer Reutermeldung wird in den englischen Kommentaren der Rede des Kanzlers und der Note an Wilson gesagt, der Vergleich zwischen dem Text der Note an Wilson und der Rede des Prinzen Max weise **wichtige Abweichungen** auf. Während die deutsche Note die Botschaft des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar und seine späteren Erklärungen als **Grundlage** für Friedensverhandlungen annimmt, sagt der Kanzler, daß er sich auf den Boden des Mehrheitsprogramms stellt, und wenn dieses Programm so ist, wie es im Berliner Tageblatt mitgeteilt worden ist, so werden die Differenzen sofort deutlich werden. Angesichts dieser Meinungsverschiedenheit ist die Frage berechtigt, auf dem Boden welcher von diesen Erklärungen Deutschland **wirklich** steht, des internationalen Dokuments, das an Wilson gerichtet ist, oder der an das deutsche Volk gerichteten Erklärung im Reichstage. Die Note selbst läßt verschiedene Auslegungen zu und ist vielleicht absichtlich unbestimmt.

All diesen Erörterungen wird dadurch ein Ende gemacht, daß die Regierung in der Nordd. Allg. Ztg. erklären läßt, daß sie und die Mehrheit des Reichstages das gesamte Wilsonsche Programm ohne Ausnahme und Einschränkung als **Grundlage** für den Frieden angenommen haben.

Ein deutscher Aufruf an das deutsche Volk in Oesterreich.

Wien, 7. Oktober. (Meldung des Wiener K. K. Tel. Korr. Büros.) Die gestrige **Vollversammlung des Deutschen Volkstages für Oesterreich,** die von Vertretern aller Kronländer beschickt war, und woran zahlreiche Reichsratsabgeordnete unter Führung des Präsidenten Groß sowie mehrere Herrenhausmitglieder teilnahmen, beschloß einstimmig einen Aufruf an **das deutsche Volk,** worin der künftige Frieden als das Ende unendlicher Opfer und als Verheißung einer besseren Zukunft begrüßt wird, vorausgesetzt, daß er die Bedingungen für das nationale und wirtschaftliche Leben der Deutschen unerschüttert lasse. Wenn aber die Feinde auf unserer Vernichtung bestehen bleiben, sei keine andere Wahl, als in untrennbarer Einheit mit dem Deutschen Reiche und unter Zurückweisung jedes schmählichen Gedankens an einen Sonderfrieden sich weiter zu wehren bis zum entscheidenden Ende. Dieser Krieg müsse jedenfalls eine völlige Ordnung in der Stellung des deutschen Volkes in Oesterreich herbeiführen. Die Deutschen Oesterreichs fordern völlig **uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht.** Solange aber noch die verbündeten Heere gegen den gemeinsamen Feind kämpfen, gelte es für die Deutschen in Oesterreich, sich und ihrem heldenhaften Bundesgenossen, dem Deutschen Reich, einen entscheidenden Dienst zur Abkürzung dieses Ringens zu leisten. In dieser Entschließung werden die Volksvertreter in den einzelnen Ländern aufgefordert, alle Vorbereitungen für die Einführung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen in Oesterreich zu treffen.

Die Amnestie und die Unabhängigen.

Seit der ersten Stunde, da es feststand, daß sich im Reiche ein Systemwechsel vollzieht, ist von sozialdemokratischer Seite die Notwendigkeit einer Amnestie für die Opfer des Krieges betont worden. Daß ein solcher Schritt bei einem so grundlegenden Systemwechsel nicht ausbleiben kann, konnte gar nicht in Zweifel gezogen werden. Aber deshalb ist wohl auch in den Bedingungen, die die sozialdemokratische Partei für den Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung aufgestellt hat, die Forderung einer Amnestie nicht besonders erhoben worden. So schnell ist natürlich eine Amnestie, in dem Umfange, wie sie heute nötig ist, nicht durchgeführt. Das muß jeder verständige Mensch einsehen. Die Leipziger Volkszeitung aber, das von aller logischen Besinnung unabhängige Organ der sozialdemokratischen Außenseiter, redet ihren Lesern schon wieder von dem **Ausbleiben der Amnestie** vor. „Die Amnestie,“ schreibt die Leipziger Volkszeitung, „ist gegeben durch die ganze Situation, sie müßte sich unseres Erachtens den Regierenden ebenso unwillkürlich aufdrängen, wie sie jetzt allen freiheitlich Denkenden bis in nicht kleine bürgerliche Kreise hinein auf die Lippen tritt. **Aber freilich,** wie käme die Reichstagsmehrheit, **wie käme die Regierung dazu, diese Maßregel zu dekretieren, wenn die abhängigen Sozialisten nicht einmal die Nötigung verspürt haben, die Amnestie in ihrem „Mindestprogramm zu fordern,** wenn sie selbst noch stumm blieben wie getreue Gefolgsmänner ihrer neugebackenen Exzellenzen, als unsere Genossen am Sonnabend zum Schluß der Reichskanzlerrede den Prinzen an dieses fehlende Stück seines Programms durch laute Zwischenrufe mahnten, die auf den Tribünen ein kräftiges Echo — **Amnestie, Liebknecht!** — weckten. **Wie soll die Reichsregierung die Nötigung dieser Maßregeln finden, wenn das abhängige Zentralorgan, der Vorwärts,** in seinem Leitartikel über die Reichstagssitzung nichts Dringlicheres zu tun hat, als zum Schutze für die neuen Exzellenzen vor Ungeduld, vor Unbescheidenheit zu warnen, **aber vor lauter Regierungsfürchtigkeit gar nicht wagt, das furchtbare Wort Amnestie auszusprechen, sondern nur in einer schüchternen, unschreibenden Andeutung die Sache kaum zu streifen riskiert.“** In Klammern fügt diesem Ergusse die Redaktion hinzu: „Indes werden die abhängigen Herrschaften um eine etwas deutlichere Aussprache zu diesem Thema nicht herumkommen: **Die Unabhängige Sozialdemokratie wird sie durch Einbringen eines Antrags auf Erlaß eines Amnestiegesetzes nötigen, Farbe zu bekennen.“**

Den Ungeduldigen wird gesagt werden, daß sie sich ihre Aeußerung hätten sparen können, weil die nötigen Schritte zur Amnestie, und zwar im weitesten Maße, bereits eingeleitet sind. Und damit werden auch die Redereien, daß die Reichstagsmehrheit und die Regierung an eine Amnestie gar nicht zu denken brauche, weil die „abhängigen“ Sozialdemokraten nicht die „Nötigung“ verspürt hätten, die Amnestie in ihrem Mindestprogramm zu fordern, als niedrige unabhängige Verdächtigungen widerlegt. Und es ist weiter eine Fälschcrei, wenn das biedere Organ für Unabhängigkeit von aller Wahrheitsliebe sagt, daß der Vorwärts vor lauter Regierungsfürchtigkeit nicht wage, das furchtbare Wort Amnestie auszusprechen. Legen wir diese Gemeinheit mit zu dem Uebrigen!

*

Im Zusammenhang mit dieser Kennzeichnung des unabhängigen Organs möchten wir — es ist ja ein Aufräumen — auf eine Bemerkung der Leipziger Neuesten Nachrichten eingehen. Das allbeutsche Blatt hält in dieser großen Zeit eine Amnestie für ganz zweckmäßig. „Man kann nun zwar an sich sehr verschiedener Meinung darüber sein, ob es nützlich ist, ohne Ansehen der Person auch diejenigen aus den Zuchthäusern und Gefängnissen zu entlassen, die durch Vergehen gegen die Sicherheit des Staats im Kriege zum mindesten indirekten Landesverrat begangen haben. Gewiß ist gern zuzugeben, daß bei der letzten Streikbewegung manche Urteile gefällt worden sind, deren Beseitigung wünschenswert wäre. „Ob es aber gut ist, vor allem ob es ein Zeichen der inneren Erneuerung Deutschlands ist, wenn man Karl Liebknecht entläßt, darüber kann man eigentlich kaum verschiedener Meinung sein, wenn nicht rechtzeitig dafür gesorgt wird, daß dieser Herr dahin kommt, wo er hingehört: in eine Kaltwasserheilanstalt. Aber Scheidemann und seine Freunde haben nun einmal gerade für Liebknecht ein mehr als freundschaftliches Interesse, das von der Gegenseite allerdings kaum mit der gleichen Herzlichkeit erwidert wird. Sie wollen die **Großmütigen** spielen und gerade die Hohepriester der Unabhängigen Sozialdemokraten aus den Gefängnissen befreien. Das wird ihnen **sehr wahrscheinlich gelingen.** Jedenfalls hat der Vorwärts greifbare Unterlagen dafür, daß in der Tat eine **sehr weitgehende Amnestie** geplant und in allernächster Zeit schon durchgeführt wird.“

Die Extreme berühren sich auch in der Gemeinheit.

Wir wollen uns sachlich nur auf einen Punkt beschränken: die Bedenken gegen die Freilassung der Landesverräter. Der „Landesverrat“ derjenigen, die bei uns hinter Kerkermauern schmachten — abgesehen von denen, die durch Verrat militärischer Geheimnisse wirklich Landesverrat verübten —, bestand in Handlungen, die nicht gegen das Reich, sondern auf baldigen Frieden gerichtet waren. Natürlich kann man über die Zweckmäßigkeit dieser Handlungen verschiedener Meinung sein. Aber Landesverrat **waren sie nicht.** In Wien ist jetzt von hohen Richtern allen Ernstes die Frage diskutiert worden, **Schleichhandel** juristisch als Landesverrat zu qualifizieren. Darüber läßt sich sprechen. Gewiß ist aber, daß die Schleichhändler mit größerem Rechte als Landesverräter betrachtet werden können, als die, die man bei uns Landesverräter schilt. Jedenfalls wird bei der neuen Reichsregierung auch keine Sekunde ein Bedenken darüber aufkommen dürfen, wie es in den Leipziger Neuesten Nachrichten Liebknecht gegenüber geschehen ist. Im übrigen aber ist im Gegensatz zur Leipziger Volkszeitung die Feststellung der Leipziger Neuesten Nachrichten bemerkenswert, daß der Vorwärts greifbare Unterlagen dafür zu haben scheint, daß in der Tat eine **sehr weitgehende** Amnestie im Werke ist. Womit die Windbeutelei der Leipziger Volkszeitung in einem wichtigen Punkte festgestellt ist.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die Abänderung der Reichsverfassung im Bundesrat angenommen.

Der Bundesrat hat den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes betr. die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1878 angenommen.

Mit der Aenderung des Stellvertretungsgesetzes handelt es sich offenbar um eine nähere Umgrenzung der Tätigkeitsgebiete der Staatssekretäre ohne Portefeuille. Die Abänderung der Reichsverfassung aber betrifft zweifellos den Art. 9 der Verfassung, gegen den, wie man noch gestern in der Presse lesen konnte, mehrere Bundesregierungen, an erster Stelle Sachsen, entschiedensten Einspruch erhoben haben sollen. Die gegenwärtigen Lesarten gleichen sich vielleicht dadurch aus, daß der angezogene Artikel nur insoweit abgeändert worden ist, daß die parlamentarischen Staatssekretäre durch die alte Fassung nicht beeinträchtigt werden.

Die amtliche Ernennung der parlamentarischen Staatssekretäre.

Der Reichsanzeiger meldet: Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Wirklicher Geheimer Rat von Hinze wurde auf seinen Antrag von seinen Aemtern entbunden, der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Wirklicher Geheimer Rat Dr. Solf unter Belassung seines bisherigen Amtes zugleich zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt, Geheimer Justizrat Trimborn, Mitglied des Reichstages, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs des Innern, Reichstagsabgeordneter Bauer mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs des Reichsarbeitsamtes, Reichstagsabgeordneter Landgerichtsdirektor Gröber, Vizepräsident des Reichstags Scheidemann und Reichstagsabgeordneter Erzberger mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Staatssekretärs nach näherer Bestimmung des Reichskanzlers beauftragt.

Rücktritt des Chefs des Zivilkabinetts.

Wie die B. Z. hört, ist ein Rücktrittsgesuch des Chefs des Geheimen Zivilkabinetts v. Berg eingereicht und angenommen worden.

Der Systemwechsel wäre in der Tat unvollständig, wenn nicht auch der Chef des Zivilkabinetts des Kaisers durch einen neuen Mann ersetzt würde.

Das Entlassungsgesuch des Herrn von Waldow.

Aus Berlin wird gemeldet, daß der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes, v. Waldow, sein Entlassungsgesuch eingereicht hat, doch sei die Entscheidung bisher noch nicht gefallen.

Es ist zu wünschen, daß die Genehmigung des Entlassungsgesuchs nicht allzu lange auf sich warten läßt.

Die nächste Reichstagssitzung am Sonnabend.

Präsident Fehrenbach hat die nächste Reichstagssitzung auf Sonnabend, den 12. Oktober, 1 Uhr einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme von Mitteilungen des Reichskanzlers.

Nachtragsetat für die neuen Reichsämter.

Nach der Deutschen Parlaments-Correspondenz macht die Neuordnung der Reichsverwaltung durch Berufung einer Reihe neuer Staatssekretäre und die Errichtung eines Reichsarbeitsamts die Vorlegung eines weiteren Nachtragsetats zum Reichshaushaltsplane notwendig. Die Ressorts verwaltenden Staatssekretäre beziehen 40 000 M. Gehalt und 14 000 M. Repräsentationskosten und haben Anspruch auf freie Wohnung, nur der Staatssekretär des Auswärtigen hat ein um 6000 M. höheres Gehalt. Die neuernannten Staatssekretäre ohne Ressort werden aller Wahrscheinlichkeit nach die gleichen Bezüge wie die übrigen Staatssekretäre erhalten und dazu noch die Entschädigung für die nicht vorhandene Dienstwohnung, die sich wohl für jede Stelle bis zu 20 000 Mk. belaufen wird; in dieser Weise ist auch die Wohnungs-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181009-12/fragment/page=0002

entschädigung für die Staatssekretäre des Innern und des Reichswirtschaftsamtes berechnet. Für den Fall, daß der bisherige Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums zum Präsidenten des Staatsministeriums ernannt werden sollte und die Vizepräsidentenstelle im Hauptamte unbesetzt bleiben würde, erübrigten sich Nachforderungen. Dem Präsidenten bzw. Vizepräsidenten stehen 36 000 M. Gehalt und 18 000 Mark Aufwendungsgelder sowie freie Dienstwohnung oder entsprechende Entschädigung zu. Der Stellvertreter des Reichskanzlers bezieht 36 000 Mark Gehalt und 14 000 M. Repräsentationskosten und hat Anspruch auf freie Wohnung mit Geräteausstattung.

Einschränkung amerikanischer Truppentransporte.

In den letzten Tagen vor der Kanzlerrede sind Gerüchte von ganz erheblichen Einschränkungen der amerikanischen Truppentransporte umgegangen. An die Wiedergabe dieser Gerüchte hat sich die Aeußerung der Auffassung geknüpft, die Förderung des allgemeinen Friedens sei in Wirklichkeit schon weiter vorgeschritten, als es der weiteren Oeffentlichkeit bekannt sei.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, entsprechen die Erzählungen von der Einschränkung amerikanischer Truppentransporte den Tatsachen. Die daran geknüpften optimistischen Folgerungen sind jedoch unberechtigt. Amerika hat seine Truppentransporte nach Europa lediglich eingeschränkt, weil es augenblicklich genug oder wenigstens soviel Truppen in Europa hat, daß es für den Transport an Verpflegungsmitteln und Munition des ganzen für den Heeresdienst zur Verfügung stehenden Transportapparates bedarf.

Dernburg über den Krieg.

Der ehemalige Kolonialsekretär Dernburg hat am Sonntag in Chemnitz eine Rede gehalten, die eine glänzende Verteidigung der Demokratie und des Verständigungsfriedens war. Scharf verurteilte der Redner das bisherige Prinzip des Militarismus, wonach Macht vor Recht ging. Die Uebermacht jener Kaste, die nur nach dem Prinzip des Machtgedankens handelte, den unglücksseligen Gewaltfrieden von Brest-Litowsk zustande brachte, das Volk über die Erfolge des Unterseeboot-Krieges täuschte, nach Eroberungen schreit, jede innerpolitische Reform verhindert und damit die Heimatfront schwächt, ist vorbei und darf nie wiederkehren. Unsere früheren Friedenskundgebungen konnten im Auslande nicht als ehrliche Willensakte des Volkes aufgenommen werden. Standen doch unsere Staatsmänner bei ihren Erklärungen im Reichstage immer zwischen zwei Helmspitzen. Ihre Darlegungen waren daher nicht eindeutig genug. Man brauche nur an das unglückliche Auftreten Michaelis im Reichstage zu denken, der an seine Besprechung der Friedensresolution des Reichstages die bekannten verhängnisvollen Worte hinzufügte: „Wie ich sie (die Resolution) auffasse". Der Redner sprach entschieden und scharf. Einigen alldeutschen Zwischenrufern machte er mit ebenso kurzen wir energischen Worten den Ernst der gegenwärtigen Situation unseres Volkes klar. Am Schlusse spendete ihm die Versammlung jubelnden Beifall.

Die sächsische Regierung auf dem rechten Wege.

Das Leipziger Tageblatt wollte gestern erfahren haben, daß die sächsische Regierung eine neue Wahlrechtsvorlage vorbereite; es sei aber nicht bekannt, ob darin den Forderungen der Zeit Rechnung getragen werde. Die Leipziger Abendzeitung wollte sogar wissen, daß am Montag und Dienstag bedeutungsvolle Sitzungen des Gesamtministeriums stattgefunden haben. Es verlaute, es stehe eine Kundgebung an das sächsische Volk unmittelbar bevor, „in der gleich einer Art Osterbotschaft eine ganze Anzahl Reformen angekündigt werden. Im einzelnen wird man die Botschaft mit ihren Mitteilungen abzuwarten haben. Soviel läßt sich für heute sagen, daß das jetzige Vierklassenwahlrecht zu Grabe getragen wird, wenngleich anzunehmen ist, daß noch nicht das Reichstagswahlrecht für Sachsen gewährt werden wird."

Die Leipziger Neuesten Nachrichten dagegen lassen sich aus Dresden melden, daß die Meldungen verschiedener Blätter, nach denen in den nächsten Tagen eine Kundgebung der Staatsregierung bevorstehen soll, in der ein neues Landtagswahlrecht angekündigt werden soll, sich nach den von uns an maßgebender Stelle eingezogenen Informationen in keiner Weise bestätige. Es stehe weder eine derartige Kundgebung bevor, noch ist jetzt seitens der sächsischen Staatsregierung eine Abänderung des Landtagswahlrechts ins Auge gefaßt worden. Die Staatsregierung steht bis jetzt noch auf dem Boden der von ihr im sächsischen Landtage abgegebenen Erklärungen. Trotz dieser unbedingt negativen Meldung glauben die L. N. N. daraus den Schluß ziehen zu können, daß im Schoße der Regierung doch Erwägungen stattgefunden haben müssen, die mit dem Umschwung in Berlin in Verbindung stehen. Man werde sich auch in Dresden damit abfinden müssen, daß die Vorgänge in Berlin nicht ohne Folgen für Sachsen bleiben können.

Ja, das glauben wir auch! Aber wir sind auch der Meinung, daß die Meldungen der ersgenannten Leipziger Blätter nicht zutreffend sind. Die Männer in unserer Regierung sind unfähig, den neuen Geist zu begreifen. Deshalb meinen wir auch, daß die Regierung durchaus auf dem rechte Wege ist, weil sie durch ihre Haltung beweist, daß sie den neuen Verhältnissen ohnmächtig gegenübersteht und daher **unbedingt neuen Männern Platz machen muß.**

*

In einer stark besuchten öffentlichen Versammlung in Dresden sprach Abg. Dr. Gradnauer über die die Lage im Land im Anschluß an die veränderten Verhältnisse im Reiche. Nach dem Berichte der Dresdner Volkszeitung führte der Redner aus:

Auch über das Wahlrecht in den Bundesstaaten muß gesprochen werden. Wir Sozialdemokraten halten gefordert, daß von Reichs wegen für alle Bundesstaaten das gleiche Wahlrecht zu fordern ist. Diese Forderung haben wir mit Rücksicht auf das Zentrum, das auf die bayrischen Sonderverhältnisse Rücksicht nehmen zu müssen glaubte, nicht voll durchsetzen können. Um der großen Sache willen haben wir insoweit etwas nachgegeben. Immerhin hat der Reichskanzler gesagt — und hier kommt unser Sachsen in Betracht —, er zweifle nicht, daß auch die Bundesstaaten, die in der Entwicklung ihrer verfassungsmäßigen Zustände noch zurückstehen, dem preußischen Beispiel entschlossen folgen werden. Wir haben in Sachsen die Kämpfe gegen das Pluralwahlrecht führen müssen. Die Nationalliberalen waren schließlich bereit, für das gleiche Wahlrecht mit einer Alterszusatzstimme einzutreten. Aber hier war es die Regierung, **die die größten Schwierigkeiten gegen das gleiche Wahlrecht gemacht hat.** In der Stunde, in der wir jetzt angelangt sind, müssen wir den Regierungsvertretern in Sachsen sagen, daß sie doch selbst einsehen werden, wie falsch sie die Zeichen der Zeit beurteilt haben. Die sächsischen Minister waren besonders enthusiasmierte Freunde der Vaterlandspartei. Kam Herr v. Kirpitz nach Dresden, so sahen die sächsischen Minister zu seinen Füßen und sperrten seinen Ausführungen frenetischen Beifall. Der Finanzminister v. Seydewitz hat im Landtage wiederholt erklärt, daß wir unbedingt auf eine Kriegskostenentschädigung durch unsere Gegner bestehen müßten. Eine Regierung, die so falsch die Verhältnisse beurteilt, die durch ihr Verhalten zur Kriegsverschärfung beigetragen hat und die dem Volke seine Rechte vorenthält, **kann nicht länger an ihrem Platze verbleiben.** (Stürmisches Bravo!)

Eine Wahlrechtsvorlage in Anhalt.

Der anhaltinische Landtag trat am Dienstag zu seiner Nachsession zusammen. Er wurde mit einer Thronrede des Prinzregenten Aribert eröffnet, die neben anderen Vorlagen eine Umgestaltung des Landtagswahlrechts ankündigt.

In Sachsen steht die Regierung nach wie vor auf ihrem ablehnenden Standpunkte gegen jede Wahlreform.

Deutscher Heeresbericht vom 8. Okt.

wtb. Großes Hauptquartier, den 8. Oktober 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nördlich der Scarpe griff der Engländer nach heftigem Feuerkampf beiderseits von Oppy an. In Neuvireuil faßte er Fuß. Im übrigen brachten ihn unsere Vorposten zum Stehen.

Heeresgruppe Boehn.

Nördlich von St. Quentin setzten Engländer und Franzosen ihre starken Angriffe fort. Nördlich von Montbrehain schlugen hannoversche und braunschweigische Regimenter fünfmaligen Ansturm des Feindes ab. Weiter südlich brach der Angriff des Feindes in unserem Feuer zusammen. Bei und südlich von Sequehart haben posensche und hessische Regimenter nach hartem Kampf ihre Stellungen behauptet. Bei den Kämpfen an der Tillon-Höhe brachten schlesische Bataillone und Pioniere im Nahkampf und durch Gegenstoß den feindlichen Ansturm zum Scheitern.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Vorfeldkämpfe an der Ailette und Aisne. Das nördliche Suippes-Ufer wurde in kräftigen Unternehmungen vom Feinde gesäubert. Am Nachmittage stieß der Gegner in Teilangriffen bei Bazancourt und Selles, mit starken Kräften beiderseits von St. Clement an der Arnes vor. Seine Angriffe scheiterten. Oertliche Kämpfe um St. Etienne, das von uns genommen wurde, im Gegenangriff des Feindes aber wieder verloren ging. Im übrigen beschränkte sich die Tätigkeit des Feindes in der Champagne auf Teilvorstöße und zeitweilig aufebenden Artilleriekampf. Beiderseits der Aisne schlug die in den letzten Kämpfen besonders bewährte 9. Landwehr- u. 76. Reserve-Division heftige Angriffe des Feindes ab.

Heeresgruppe Gallwitz.

Nach stärkster Feuervorbereitung setzte der Amerikaner erneut zum Durchbruch beiderseits der Aire an. Auf dem westlichen Ufer brachte württembergische Landwehr die südlich von Chatel vorbrechenden Angriffe zum Scheitern. Von der Höhe nördlich von Chatel, auf der der Feind vorübergehend Fuß faßte, wurde er im Gegenangriff wieder geworfen. Oestlich der Aire brachen die feindlichen Angriffe meist schon in unserem Artilleriefeuer zusammen. Gegen Abend nahm der Feind beiderseits der von Charpentry und Romagne und der von Nantillons auf Cunel führenden Straßen sowie westlich der Maas seine Angriffe wieder auf. Nach hartem Kampf schlugen wir ihn teilweise durch Gegenstöße zurück.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Sinn dieses ist der Freien einz'ge
Pflicht: Das Reich zu schirmen,
das sie selbst beschirmt.

Schiller.

Erfüllet diese Pflicht!
Zeichnet die Neunte!

Das gleiche Wahlrecht für Schaumburg-Lippe.

Bückeburg, 8. Oktober. Durch eine Verordnung des Fürsten Leopold zu Schaumburg-Lippe wird bekanntgegeben, daß auf den Vortrag des Staatsministers der Fürst bestimmt habe, dem Landtage alsbald einen Gesetzentwurf zur **Abänderung des Wahlrechts** für den Landtag zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorzulegen. Dem Gesetzentwurf soll das **allgemeine gleiche Wahlrecht** mit einer **Zusatzstimme** für das Alter zugrunde gelegt werden.

Soziales.

Unfälle im deutschen Bergbau.

SK. **Die Zahl der Unfälle im deutschen Bergbau ist von 14,97 auf 1000 Versicherte im Jahre 1903 auf 14,66 im Jahre 1917 gestiegen. Die Zahl der tödlichen Unfälle betrug 1913 insgesamt 2121, im letzten Jahre 2874 und unter Einrechnung der nicht entschädigten Unfälle, welche jetzt die Statistik nicht anführt, mindestens 3000. Die Zahl der tödlichen Unfälle stieg von 0,23 Proz. auf 0,37 Proz. Besonders groß ist die Zunahme der Unfälle bei jugendlichen und weiblichen Arbeitern, die früher ja im Bergbau längst nicht in der Zahl beschäftigt wurden wie gegenwärtig.**

Der steigende Blutstrom im Bergbau macht Reformen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bergarbeiter zur dringlichen Notwendigkeit. Neben allgemeinen Maßnahmen in bezug auf Arbeitszeit und Arbeitsart ist die sofortige Einführung einer ständigen Betriebskontrolle durch freigestellte Arbeiterkontrolleure **notwendig.**

Anerkennung der Gewerkschaftssekretäre.

Wie aus Essen kürzlich gemeldet wurde, hat der Verein der chemischen Industriellen sich bereit erklärt, die Sekretäre der Gewerkschaften als Vertreter der organisierten Arbeiterschaft anzuerkennen und mit ihnen gegebenenfalls zu verhandeln. Von den Werken sollen den Organisationsbestrebungen der Arbeiter keinerlei Schwierigkeiten mehr gemacht werden. Bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit, Ueberstundenberechnung, Nacht- und Sonntagsarbeit soll den Arbeitswünschen entgegengekommen werden. — Aus eigener Ueberzeugung werden diese Unternehmer natürlich nicht zu dieser Sinnesänderung gekommen sein. Man vermutet, daß damit im Zusammenhange steht eine Rede des preußischen Handelsministers v. Sydow, die er auf einer Tagung des Industriekreises in Essen gehalten hat und in der er in überzeugender und eindringlicher Weise auf die Notwendigkeit der Verständigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern hingewiesen hat. Auch die schwerindustriellen Arbeitgeber im westfälischen Industriebezirk werden zu einer Neuorientierung ihren Bohnsklaven gegenüber kommen müssen — und dazu wird es nachgerade auch höchste Zeit!

Aus der Partei.

Erwin Szabo tot.

SK. Am 30. September verstarb in Budapest Erwin Szabo, der marxistische Wissenschaftler der ungarischen Sozialdemokratie im Alter von nur 41 Jahren. Schon als junger Wiener Student ständiger Mitarbeiter der ungarischen Parteizeitungen, betätigte er sich später hervorragend auf literarischem Gebiet und übertrug neben einer großen Anzahl von Broschüren auch ausgewählte Schriften von Marx und Engels ins Ungarische. Ein mehrbändiges Geschichtswerk: „Die Klassenkämpfe Ungarns im Revolutionsjahr 1848" hat er im Manuskript druckfertig hinterlassen. Auch an der Neuen Zeit hat Erwin Szabo häufig mitgearbeitet. Als Direktor der Bibliothek der Handelskammer und später der Städtischen Bibliothek in Budapest hat er sich Verdienste erworben, die auch von den weitesten bürgerlichen Kreisen dankbar anerkannt wurden.

Der Glückwunsch der dänischen Sozialdemokratie.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks hat an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anläßlich der Demokratisierung Deutschlands ein herzliches Glückwunschtelegramm gerichtet, in dem die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Tage des Friedens und der politischen Befreiung des deutschen Volkes jetzt kommen möchten.

Aus aller Welt.

70 Millionen Mark gestohlen.

Bei einem Diebstahle auf dem Berliner Hofpostamt in der Nacht zum 25. September sind den Dieben 70 Millionen Mark in unverzinslichen Reichsschatzanweisungen, die am 30. Sept. fällig waren, in die Hände gefallen. Als günstiger Umstand ist zu betrachten, daß bisher noch kein gestohlener Reichsschatzschein der Reichsschuldenverwaltung präsentiert worden ist. Das läßt die Vermutung zu, daß die Veräußerung des Raubes noch nicht gewagt wurde. Der Diebstahl ist nur durch grobe Verstöße einzelner Beamten möglich geworden. Die Untersuchung wurde natürlich sofort eingeleitet. Für das Vorkommnis sind in erster Linie die Kriegsverhältnisse verantwortlich zu machen, die auf verantwortliche Stellen vielfach Leute gebracht haben, die unter normalen Verhältnissen niemals solche Posten erlangt hätten. Die Personalnot bei der Post hat, ebenso wie bei der Eisenbahn, heute einen Umfang erreicht, der es geradezu verwunderlich erscheinen läßt, daß der Betrieb überhaupt noch so, wie es geschieht, aufrecht erhalten wird. Welche Verhältnisse heute bei der Post eingerissen sind, geht auch daraus hervor, daß kürzlich bei einem rheinischen Postamt das gesamte weibliche Personal — gegen 30 Personen — festgenommen werden mußte, weil es ganze Sendungen gestohlen hat.

*

Weitere Cholerafälle. Berlin, 8. Oktober. In Berlin sind bis zum 8. Oktober morgens 17 Fälle von Cholera amtlich gemeldet worden. Sämtliche Erkrankte und ihre Angehörigen sind Krankenhäusern zugeführt und unter Beobachtung gestellt worden. Von den 17 sind bisher 13 gestorben. Außer diesen sind zwei Fälle von Cholera vorgekommen auf einem Schiff auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal bei Marienwerder im Kreise Niederbarnim. Das Schiff ist unter Beobachtung gestellt. Die Erkrankten und die gesamte Besatzung sind dem Krankenhause in Liebenwalde zugeführt worden. Von den beiden Erkrankten ist eine Frau gestorben.

Großes Dampferunglück. Haag, 8. Oktober. Aus Liverpool wird gemeldet: Der Dampfer Burutu (4000 Tonnen) von der Elder-Dempster-Linie, der aus Westafrika mit vielen Passagieren und einer Ladung Palmöl ankam, wurde vor dem Hafen durch Zusammenstoß mit einem ausfahrenden Dampfer in wenigen Minuten versenkt. 42 Menschen sind als Ueberlebende gemeldet; die Zahl der Umgekommenen beträgt wahrscheinlich über 200.

Die Explosion in der amerikanischen Munitionsfabrik. Amsterdam, 7. Oktober. Aus Neuyork wird gemeldet: Die Anzahl der Opfer bei der Explosion in der Gillespie-Munitionsfabrik beträgt nach Schätzung von befugter Seite nicht mehr als 94 Tote und 150 Verletzte.

Vermischtes.

* **Preissturz auf dem Pfälzer Weinmarkt.** Aus Karlsruhe meldet die Voss. Ztg.: Ein ganz plötzlicher Preissturz ist in den Pfälzer Weinmosten eingetreten. Man ist auf einmal sehr zurückhaltend geworden und der Abschluß größerer Geschäfte stockt vollkommen. Der Handel hält sich zurück, da man durch die neuen politischen Verhältnisse weitere Preisrückgänge befürchtet. In der Pfalz wurden für Weinmost 75, ja sogar nur 60 M. für die Logel geboten. Man ist der festen Ueberzeugung, daß die Preise noch weiter zurückgehen werden. Eine große Anzahl von Weinhandlungen, die bereits große Geschäfte abschlossen, haben durch den jähen Preissturz Hunderttausende von Mark verloren, da sie die Geschäfte nicht mehr rückgängig machen können.

* **Einen ganz raffinierten Trick,** um begangene Milchfälschungen zu verdecken, ist man in einem Dorf im badischen Oberland auf die Spur gekommen. Ein Landwirt aus dem Dorfe hatte schon seit längerer Zeit Milch nach der Stadt angeliefert, die stark wasserhaltig war. Es sollte daher im Stall des Landwirts unter Aufsicht eines Kontrollbeamten ein Probemelken stattfinden, worauf die Milch sofort untersucht werden sollte. Als der Kontrolleur mit der Tochter des Landwirts im Stall erschien, fiel letzterer, einem ziemlich beleibten Mädchen, unter der Schürze ein unförmliches Ding hervor, das sich schließlich als eine mit Wasser gefüllte Schweinsblase entpuppte. Es war beabsichtigt, die Blase während des Melkens mit einer Nadel aufzustechen und das Wasser in das Milchgefäß rinnen zu lassen, um dadurch die unschuldige Kuh in den Verdacht zu bringen, daß sie schuld an der verwässerten Milch trage. Die Vorsicht war sogar soweit gegangen, daß man das Wasser in der Schweinsblase angewärmt hatte, damit die gewässerte Stallprobe dieselbe Temperatur wie die Naturmilch habe.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Harz 42/44, Zimmer 5 bis 7.
Sprechstunden nur wochentags von 11—1 Uhr und abends von 6—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Eier. Donnerstag, vormittags 8—12 Uhr: Nr. 56 501—60 000, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 60 001—63 500 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ein Ei für 35 Pfennig. Die Eier sind nicht zum Kochen in der Schale.

Gedörrte Aepfel. Donnerstag, vormittag 8—12 Uhr: Nr. 12 001 bis 16 000, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 16 001—19 500. Jede Person 1/8 Pfund für 40 Pfg. in der Talamtschule.

Quark. Donnerstag auf Abschnitt 2 des neuen Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse in den folgenden Stellen: Kranets, Dieskauer Straße 6, Ende, Delitzscher Straße 10, Kurze, Körnerstraße 31, Hopfeld, Streiberstraße 29. Zugelassen sind nur diejenigen, welche bei den Vorgenannten zur Kundenliste angemeldet sind. Jedes Kind von 6—12 Jahren 1/4 Pfund für 37 Pf. Die Abschnitte verlieren mit dem Tage des Aufrufs ihre Gültigkeit. Nachträglicher Verkauf kann nicht mehr stattfinden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181009-12/fragment/page=0003

Stundenplan der städtischen Frauenschule.

Winterhalbjahr 1918 19.

Montag: 8—9 **Beschäftigungslehre:** Ausschneidearbeiten, Christbaumschmuck, Verwendung von wertlosem Material zu Spielsachen, Frl. Jugendleiterin Manz;
9—10 **Pädagogik:** Das Seelenleben des Kindes, Frl. Dr. Gosche;
10—11 **Deutsch:** Aus der Geschichte der deutschen Sprache (mit schriftlichen Uebungen) Frl. Dr. Gosche;
11—12 **Kunstgeschichte:** Albrecht Dürer, Frl. Dr. Gosche;
12—1 **Religion:** Ueber das Wesen des Christentums, Herr Studienrat Wienbeck.

Dienstag: 8—9 **Rechnen:** Aufgaben des täglichen Lebens aus der sozialen Versicherung und aus dem bargeldlosen Verkehr, Herr Direktor Göll;
9—10 **Buchführung:** Hauswirtschaftlicher Geschäftsgang und Jahresabschlüsse mit Steuererklärung, Herr Direktor Göll;
10—11 **Deutsch:** Goethes Lyrik, Frl. Dr. Gosche;
11—12 **Kunstbetrachtung:** Führende Meister der Gegenwart von Böcklin bis Nolde, Frl. Dr. Gosche;
12—1 **Geschichte:** Geschichte und wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Herr Studienrat Dr. Urbach;
4—5 **Französisch:** Phrases de tous les jours avec exercices par ecrit. Lecture: Daudet: Tartorin de Tarascon. Herr Studienrat Dr. Weber;

Mittwoch: 8—9 **Englisch:** Reading: Dickens: Little Dombay. Conversation thereon. English grammar, orally and in writing, Herr Studienrat Dr. Regel;
9—12 **Kinderpflege:** Frl. Manz;
9—12 **Säuglingspflege** im Emilienheim, Schwester Elisabeth Leutroth;
11—12 **Volkswirtschaftslehre:** Deutsche Sozialpolitik, Frl. Dr. Lange;
12—1 **Bürgerkunde:** Frl. Dr. Lange;

Donnerstag: 8—9 **Haushaltungskunde:** a) Nahrungsmittel und Hausarbeitslehre, Frl. Gewerbelehrerin Kogge;
9—2 b) **Kochen,** Frl. Kogge;
9—12 **Arbeit im Kindergarten.**

Freitag: 8—9 **Englisch:** Dickens: Little Dombay etc, Herr Studienrat Dr. Regel;
9—2 **Haushaltungskunde:** Kochen, Frl. Kogge;
9—12 **Arbeit im Kindergarten;**
4—5 **Naturkunde:** Naturgeschichte der wichtigsten Rohstoffe, Herr Rektor Haase;
5—6 **Turnen:** Frl. Matthes.

Sonnabend: 8—9 **Pädagogik:** Das Seelenleben des Kindes, Frl. Dr. Gosche;
9—10 **Bürgerkunde:** Frl. Dr. Lange;
10—12 **Gesundheitslehre:** Säuglings- und Kleinkinderpflege. Erste Hilfe am Krankenbett, Frau Dr. med. Stölzner;
12—1 **Soziale Unterweisung:** Jugendfürsorge, Frl. Dr. Gosche.

Der Fachkursus, der zur städtischen Kindergärtnerinnen- und Hortnerinnenprüfung vorbereitet, umfaßt an wissenschaftlichen Stunden: Erziehungslehre, Jugendliteratur, Kindergartenlehre, Hortkunde, Naturkunde und Kulturkunde; an technischen Stunden: Beschäftigungsunterricht, Bewegungsspiel und Turnen. Nadelarbeit, Modellieren, Ausschneiden, Zeichnen, Gesang und Musik. Nur die Schülerinnen, die das erste Jahr einer anerkannten Frauenschule durchgemacht haben, können in den Fachkursus eintreten.

Das Schulgeld beträgt für Vollschülerinnen im ersten Schuljahr 100 M., im zweiten Schuljahr halbjährlich 80 M. Die Vollschülerinnen dürfen bis zu 32 Wochenstunden belegen. Die Gastschülerinnen bezahlen für die Wochenstunde halbjährlich 7.50 M., jedoch nicht mehr als 100 M., auch bei der Höchstzahl von 32 Wochenstunden.

Anmeldungen nimmt entgegen und nähere Auskunft erteilt wochentäglich von 12—1 Uhr (außer Sonnabend) die Direktorin Frl. Dr. Gosche in der Frauenschule, Burgstraße 45.

Halle, den 8. Oktober 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 11 und 12 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (Reichs-Gesetzblatt S. 307) wird bestimmt:

§ 1.

Die Verordnung über Herbstgemüse und Herbstobst vom 19. Juli 1918 (Reichsanzeiger 176 vom 29. Juli 1918) wird für das Gebiet des Deutschen Reiches auf Runkelrüben ausgedehnt.

§ 2.

Die Bekanntmachung tritt drei Tage nach ihrer Verkündigung in Kraft.

Berlin, den 28. September 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.
gez. von Tilly.

Wir bringen diese Anordnung hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Halle, den 8. Oktober 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Die Verordnung vom 14. September 1918 betr. Abänderung der Vorschriften für russische und sonstige ehemals feindliche Staatsangehörige des russischen Reiches tritt hiermit sofort außer Kraft.

Magdeburg, den 2. Oktober 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. A.-K.
Sontag,
Generalleutnant.

Bekanntmachung.

In der wärmeren Jahreszeit ist ein gehäuftes Auftreten der Ruhr nicht ausgeschlossen. Um von vornherein dieser Gefahr wirksam zu begegnen, ist die gewissenhafte Befolgung nachstehender Abwehrmaßnahmen schon jetzt unbedingt erforderlich:

a) In allen Volksspeisehäusern, Gast- und Schankwirtschaften, Fabrik- und Krankenkassenräumen ist ein Abdruck oder eine Abschrift der in den hiesigen Tageszeitungen heute veröffentlichten „Gemeinverständlichen Belehrung über die Ruhr" zum Aushang zu bringen.

b) In den Bedürfnisanstalten für die unter a genannten Räume ist auf peinlichste Sauberkeit der Sitze, Türklinken, Griffe am Wasserzuge und dergleichen zu halten. Wenn irgend durchführbar, sind auch in diesen Bedürfnisanstalten Gefäße zur Reinigung und Desinfektion der Hände und Gebrauchsgegenstände mit 1prozentiger Dublimatlösung aufzustellen.

An die Besitzer der Volksspeisehäuser, Gast- und Schankwirtschaften, Versammlungs-, Fabrik- und Krankenkassenräume ergeht zur Verhütung der allgemeinen Verbreitung ansteckender Krankheiten, insbesondere der übertragbaren Ruhr das dringende Ersuchen zur Aufstellung und dauernde Befolgung der unter a und b vorstehend aufgeführten Maßnahmen.

Halle, den 20. September 1918. **Die Polizeiverwaltung.**

Gemeinverständliche Belehrung über die Ruhr.

Die Ruhr beginnt mit heftigen Leibschmerzen und Durchfällen, die bald ein schleimiges Aussehen annehmen. Meist ist dem Schleim auch Blut beigemengt. Bisweilen beginnt die Krankheit mit Erbrechen und Uebelkeit. Fieber ist oft vorhanden, kann aber auch vollständig fehlen. Es empfiehlt sich, beim Auftreten verdächtiger Krankheitserscheinungen sofort einen Arzt zu Rate zu ziehen.

Die Ruhr ist eine ausgesprochene Schmutzkrankheit. Ihre Uebertragung kommt ausschließlich dadurch zustande, daß Teile vom Stuhlgang eines Ruhrkranken in den Mund eines Gesunden gelangen. Der Erreger der Ruhr, ein Bazillus, wird nämlich von den Kranken lediglich mit dem Stuhlgang ausgeschieden. **Die dünnflüssigen Darmentleerungen beschmutzen** auch bei an sich sauberen Menschen **sehr leicht die Hände,** zumal Papier häufig für Flüssigkeiten und Bakterien durchlässig ist. **Durch unsaubere Hände werden** dann die **Ruhrkeime** auf Gegenstände (Griff am Wasserzug des Klosetts, Türklinken, Treppengeländer und Gebrauchsgegenstände), ferner **auf Nahrungsmittel oder unmittelbar auf Gesunde übertragen.**

Der wirksamste Schutz gegen die Ruhr **ist daher Sauberkeit der Hände.** Dringend zu empfehlen ist deshalb der Gebrauch von gutem Klosettpapier. Außerdem aber **beherzige jeder:**

**„Nach der Notdurft, vor dem Essen
Händewaschen nicht vergessen!"**

Besonders muß **beim Herrichten von Speisen,** (Anrichten ungekocht zu genießender Gerichte, Streichen des Butterbrots!) **auf Sauberkeit der Hände geachtet werden:**

**„Willst andere du mit Speise laben,
So mußt du saubere Hände haben!"**

sollte sich jede Hausfrau, jede Köchin zum Wahlspruch wählen.

Auch können Fliegen die Ruhr verbreiten, wenn sie Gelegenheit haben, sich auf Entleerungen von Ruhrkranken und danach auf Nahrungsmittel zu setzen. Daher sind zur Verrichtung der Notdurft gut gebaute **Aborte** zu benutzen; im Freien entleerter Stuhlgang ist **sorgfältig** mit Erde zu bedecken. Andererseits sind Nahrungsmittel und noch zum Genuß bestimmte Speisereste sorgfältig vor Fliegen zu schützen. Ueberhaupt ist **der Fliegenplage nach Möglichkeit Einhalt** zu tun.

Unreifes Obst und verdorbene Nahrungsmittel verursachen an sich keine Ruhr. Sie können jedoch durch Erzeugung von Magen-Darmkatarrhen das Haften etwa in den Darmkanal hinein gelangter Ruhrbazillen und damit das Entstehen der Ruhr begünstigen. Deshalb vermeide man beides, wenn Ruhr herrscht, ganz besonders.

Die beste Pflege findet ein Ruhrkranker in einem Krankenhaus. Durch sicheinige Absonderung der Kranken und Infizierten im Krankenhaus **werden auch ihre Familienangehörigen und Arbeitsgenossen in wirksamster Weise gegen Uebertragung der Ruhr geschützt.** Werden die geschilderten Vorsichtsmaßregeln beobachtet, so erlischt eine Ruhrepidemie in der Regel schnell.

Frauen und Mädchen
in großer Zahl für Nachtarbeit gesucht.
Städtisches Arbeitsamt, weibliche Abteilung,
Salzgrafenstraße 2, I. [1615

Hallescher Hausfrauenbund E. V.
Unser **Strumpf-, Näh- und Straßenschuh-Lehrgang** findet nach wie vor unter fachkundiger bewährter Leitung **Rathausstraße 17 I** statt. Anmeldungen hierfür Große Steinstraße 16 I (10—12 Uhr vormittags und 4—6 Uhr nachmittags), Rathausstraße 17 I (10—12 Uhr vormittags). [1579

Umpreßhüte
werden angenommen.
Umarbeitungen nach neuesten Formen.
1404]
Große Auswahl neuer
Velour-, Samt- und Filzhüte.
Fritz Mösenthin
Burgstraße 1, gegenüber der Burg.

Liköre
Pfefferminz-Likör, Flasche M. 2.15
Magenbitter- „ „ „ 2.15
Wermut- „ „ „ 3.75
Kirsch- „ „ „ 3.95
Sherrybrandy- „ „ „ 3.95
Sämtliche Getränke alkoholfrei.
Kaufhaus H. Elkan,
1398] **Leipziger Straße 87.**

Gewandter, erfahrener
Registraturbeamter
für sofort oder später gesucht. Ausführliche Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche und bisherigen Tätigkeit erbittet sofort
Direktion der „Iduna",
1614] **Halle a. S.**

Drucksachen
Unsere Buchdruckerei, ausgestattet mit allen modernen, der Neuzeit entsprechenden Schriften Einfassungs- und Vignettenmaterial, empfiehlt sich den Gewerkschafts- und Partei-Genossen, sowie einer geehrten Geschäftswelt zur Anfertigung von sämtlichen Vereins- und Geschäftsdrucksachen, wie Eintritts- und Mitgliedskarten, Jahresberichten, Zirkulare, Programme,

Statuten, Rechnungen, Prospekten u. Plakaten. Ferner empfehlen wir uns zur Herstellung von Familiendrucksachen in nur bester und moderner Ausführung bei angemessener Preisstellung. Unser Bestreben wird sein, nur einwandfreie und gut ausgestattete Arbeiten zu liefern. Den geschätzten Aufträgen werden wir in jeder Beziehung rechte Sorgfalt angedeihen lassen.
Freie Presse
G. m. b. H. Leipzig • Buchdruckerei und Verlag

Möbel auf Teilzahlung.
Empfehle mein großes Lager in 3 Etagen in ganzen Wohnungs-Einrichtungen, sowie einzeln. Möbeln, besonders schöne Schlafzimmer, Bettstellen m. Matratz., Sofas, Kleiderschränke Vertikos, Küchenmöbel aller Art.
Kredit auch nach auswärts.
N. Fuchs, Möbel- Ausstattungs-Geschäft, [1270
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I., II., III. Etage.

Die Internationalität und der Krieg
von Karl Kautsky — Preis 20 Pf.
Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie
von Hermann Wendel — Preis 40 Pf.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme, Halle
Gr. Ulrichstraße 27.

Schuhe und Stiefel
werden besohlt und repariert [900
Burgstraße 48, p. r.

Gebraucht. Möbel, Matratzen
Sofas u. Bettfedern verkauft
R. Sachse, [1438
Hohenmölsen, Lützener Str. 7.

Die Ed. David MdR.:
Wer trägt die Schuld am Kriege?
Diese Frage hat Genosse Eduard David in einer vor dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorstehendem Titel soeben in unserem Verlag im Druck erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die imperialistischen Grundursachen. — Die Entente als Weltverteilungssyndikat. — Die Politik der Zentralmächte. — Die Einkreisung Deutschlands. — Die Gefahr der Gefahr für Deutschland. — Der Ausbruch der Krisis usw.
Die Broschüre ist auch durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1.— Mk.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27

Herren-, Burschen- und Knaben-Anzüge [1441
aus soliden, schönen Stoffen verarbeitet, neue Macharten, in großer Auswahl.
Kaufhaus H. Elkan
Leipziger Straße 87

Arbeiter,
abonniert die Volksstimme!

Stadt-Theater
Donnerstag, 10. Oktober
Anfang 7,30 Uhr. Ende 9,30 Uhr
Die toten Augen.
Oper von d'Albert.
Freitag: **Der Wildschütz.**

Saubere Frau
zum Reinigen von Geschäftsräumen gesucht. [1617
Otto Strube,
Barfüßerstr. 11.

In freien Stunden
Wochenschrift
voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 15 Pf.
Buchhdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Schuhe
werden mit **Lederstücken** und **Lederriemen** besohlt und repariert. [1100
Hoffmann, Schützenstr. 29

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181009-12/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 234. — **Halle, Mittwoch den 9. Oktober 1918.** — **2. Jahrgang.**

Halle und Saalkreis.

Halle, 9. Oktober 1918.

Wie erklärt sich die jetzige Wohnungsnot?

Durch den Krieg hat erklärlicherweise auch in Deutschland die Bevölkerung sich wesentlich vermindert. Ein Ausgleich durch Geburten und Zuzug ist nicht geschaffen worden. Die Anzahl der vorhandenen Wohnungen hat sich aber seit 1914 nicht vermindert, im Gegenteil wird man auch in dieser Zeit von einem wenn auch kleinen Zuwachs der bewohnbaren Räume sprechen können. Und trotz alledem hat sich im letzten Jahre der Wohnungsmarkt ungemein verschlechtert, sehr zum Nachteile der Mieter. Wie erklärt sich nun dieser eigenartige Zustand? Der Direktor des Statistischen Amtes in Lübeck, Dr. Hartwig, gibt auf diese wichtige Frage folgende Auskunft: „Der Bedarf an Wohnungen wird weniger durch die Zahl an Einwohnern als die der Haushaltungen bestimmt. Die Zahl der Haushaltungen hat aber wähend des Krieges nicht ab-, sondern zugenommen. Das erscheint auf den ersten Blick sehr sonderbar, erklärt sich aber bei näherer Ueberlegung ohne alle Schwierigkeit. Todesfälle machen nur in seltenen Fällen eine Wohnung frei. Das gilt schon in Friedenszeiten, aber besonders für den Soldatentod. Der Krieg zerstört viele Ehen, aber nur wenig Haushaltungen. Familien pflegen ihre Wohnungen auch nach dem Tode ihres Hauptes zu behalten. Wer einmal am eigenen Tische saß, hat begreiflicherweise wenig Neigung, dauernd an einem fremden Platz zu nehmen. Lieber nimmt man eine kleinere Wohnung, als daß man in einem andern Haushalt untertaucht. Der Krieg hat also viele Betten und eine erhebliche Zahl von Zimmern, aber nur verhältnismäßig wenig Wohnungen leer gemacht. Die Gesamtzahl der Haushaltungen nahm ständig zu, und nur die Durchschnittszahl der in ihnen lebenden Personen ist kleiner geworden. So ist die Wohnungsnot entstanden. Dieselben Ursachen, die sie herbeiführten, werden sie auch fernerhin bestehen und sich verschärfen lassen. Der Wohnungsbedarf wird trotz sinkender Bevölkerung automatisch weiter steigen, und die Wohnungsnot kann nur dadurch in erträglichen Grenzen gehalten werden, daß gebaut wird, daß andauernd neue Wohnungen entstehen. Einen andern Weg, dem Unheil zu wehren, gibt es nicht."

---

* **Vorträge des Bundes** zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Die Vorträge beginnen am 9. Oktober. Es spricht Herr Dr. phil. Eichwald über: Die Weltanschauung der Naturwissenschaften. Am 16. und 23. Oktober wird Herr Prof. Dr. Menzer über: Optimismus und Pessimismus sprechen, am 30. Oktober Herr Geh. Rat Prof. Dr. Kern über: Das alte und das neue Griechenland, am 7. November Herr Direktor Jarand: Die Schulung der Taubstummen in der Lautsprache mit Vorführung von Schülern verschiedener Altersstufen, am 13. November Herr Geh. Rat Prof. Dr. Lütgert über: Der Wiederaufbau der deutschen Familie, am 21. November Herr Prof. Dr. Waetzoldt über: Die Kathedrale von Reims. Herr Direktor Bauer wird dann am 27. November über: Blinden- und Kriegsblindenfürsorge in der Provinz Sachsen vortragen, Herr Prof. Dr. Hasenclever am 4. Dezember über: Teuerung und Lebensmittelpolitik während der französischen Revolution, am 11. Dezember ein Offizier der Flieger-Ersatz-Abteilung 14 über: Aus dem Gebiete des Flugwesens (mit Lichtbildern).

* **Ackerverpachtung durch den Bund** zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Von den vom Bund neu gepachteten Aeckern sind: Galgenberg, Giebichensteiner Flur, Oppiner Straße und faule Wietschke bereits verteilt. Leider hat der größte Teil der Kleinpächter noch nicht mit dem Umgraben begonnen. Es ist von allergrößter Bedeutung für den Ertrag im nächsten Jahre, daß der Acker im Herbst tief umgegraben wird. Wird das versäumt, dann ist eine gute Ernte in Frage gestellt. Da die Kleinpächter sich vertraglich verpflichtet haben, die übernommenen Parzellen möglichst gut auszunutzen, so ist die Bundesleitung genötigt, diejenigen Parzellen anderweitig zu vergeben, die jetzt nicht umgegraben werden. Für das Umgraben wird für die genannten Aecker ein Termin bis **15. Oktober** gesetzt. Wer bis dahin seine Parzelle noch nicht wenigstens zum größten Teil umgegraben hat, von dem wird angenommen, daß er keinen Wert auf seine Parzelle legt. Bewerber um Ackerland sind noch zu Hunderten vorhanden. Es hat jedoch keinen Zweck, sich jetzt schon um etwa freiwerdende Parzellen zu bewerben, da auf der Geschäftsstelle des Bundes noch genügend Leute vorgemerkt sind. Die übrigen Aecker (Bölke-Straße II, Gertrauden-Friedhof, Gimritz grüner Weg, Cröllwitz und Böllberger Flur) werden nacheinander vermessen.

* **Ackerverpachtung am grünen Weg Gimritz.** Diejenigen Kleinpächter, die im vergangenen Jahr am grünen Weg Acker gepachtet hatten und nun die Pacht für den neuen Acker erneuern möchten, werden ersucht, bis spätestens zum **15. Oktober** auf der Geschäftsstelle zwischen 9—3 Uhr die Pacht zu erneuern.

* **Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften,** welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, am Mittwoch, dem 9. und Donnerstag, dem 10. Oktober 1918, bei den von ihnen gewählten Großhändlern den in dieser Woche zum Verkauf gelangenden Morgentrank abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

* **Verkehrsstörung.** In der Merseburger Straße brach das rechte Hinterrad einer Dreschmaschine. Der Straßenbahnbetrieb wurde hierdurch etwa 15 Minuten gestört.

* **Chronik der Lebensmitteldiebstähle.** Von einem berittenen Polizeibeamten wurden am Galgenberge zwei jugendliche Personen beim Möhrendiebstahl betroffen. In der vergangenen Nacht wurden aus dem Keller eines Grundstücks in der Ludwig-Wucherer-Straße 5 Gläser Marmelade, 30 Eier und zwei geschlachtete Hähnchen gestohlen. Die Täter, zwei Soldaten, wurden vermutlich gestört, denn sie ließen ihre Beute im Flur des Grundstücks zurück.

* **Wer weiß Näheres?** Am 10. September ist in Frankreich auf der Straße Thiant-Mouchau eine selbstgefertigte Handtasche, enthaltend ein weißes Taschentuch mit Monogramm J. H., weiß gestickt, ein Kneifer mit Futteral, das mit grünem Sammet ausgelegt ist und den Ausdruck der hiesigen Firma Böge, Geiststraße, trägt, gefunden worden. Eine Bahnsteigkarte des hiesigen Hauptbahnhofes läßt ebenfalls darauf schließen, daß der unbekannte Eigentümer Beziehungen zu Halle hat. Wer zu seiner Ermittelung Mitteilung machen kann, wolle sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36, melden.

* **Preußische Verlustliste.** Kaiserliche Marine. Braun, Hugo, Seesoldat, d. S. II, infolge Verwundung gestorben, 12. 8. 1918. Hermann, Franz, Seesoldat d. Landst., vermißt. Höpfner, Fritz, Gefreiter, vermißt. Knöchel, Hermann, Gefreiter, vermißt. Utzelmann, Fritz, Gefreiter d. Landst., vermißt. Vogel, Paul, Mtn. Ob. Hzr. d. R., tot.

Preußische Verlustliste Nr. 1258. Ilgenstein, Wilhelm, 14. 8., leicht verwundet, bei der Truppe.

Preußische Verlustliste Nr. 1259. Bastille, Richard, Unteroffizier, 22. 2., vermißt. Bitzmann, Paul, Gefreiter, 31. 8., verm. Deckert, Paul, Gefreiter, 4. 6., vermißt. Dönicke, Paul, Leutnant d. R., 18. 1., vermißt. Erge, Paul, 15. 11., schwer verwundet. Haak, Otto, 14. 7., vermißt. Heyne, Karl, 22. 12., vermißt. Jermis, Jos., Gefreiter, 6. 12., vermißt. Körner, Ludwig, Sergeant, 25. 8., verm. Meinhardt, Walter, 10. 8., gestorben infolge Krankheit. Stegner, Fritz, 8. 12., schwer verwundet. Weiser, Erich, Leutnant, 9. 2., leicht verwundet. Wozny, Franz, 19. 10., schwer verwundet. Zimmermann, Franz, 27. 3., bisher vermißt, in Gefangenschaft.

Sächsische Verlustliste Nr. 545. Brack, Edmund, 29. 8., leicht verwundet. Fiedler, Walter, Gefreiter, 19. 11., leicht verwundet, bei der Truppe. Grabo, Walter, 10. 6., leicht verwundet. Rötscher, Otto, Feldwebel, 30. 4., vermißt. Wagner, Herbert, Leutnant, 13. 7., schwer verwundet. Werther, Hermann, 13. 5., vermißt.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute Mittwoch wird das Schauspiel „Die Schwestern und der Fremde" gegeben, Donnerstag „Die toten Augen", Freitag „Der Wildschütz", Sonnabend, Anfang **6 Uhr**, „Faust", Sonntag nachmittag Volksvorstellung bei ganz kleinen Preisen „Elga", abends „Fidelio".

Aus der Provinz.

Merseburg. Die Arbeiterorganisationen zur Lebensmittelversorgung. Eine äußerst wichtige Versammlung tagte hier am verflossenen Donnerstag im Tivoli. Sämtliche Arbeiterverbände am Orte waren vertreten. Auch der erste Bürgermeister Herzog war erschienen und äußerte sich wiederholt in längeren Ausführungen zu den vorgetragenen Wünschen bezüglich der Fettversorgung, Kartoffel-, Nährmittel- und Brotversorgung. Der Bürgermeister erkannte dabei an, daß die Ernährung in Merseburg mangelhaft und daher dringend nötig sei, eine baldige Aenderung herbeizuführen. Allzu große Hoffnungen konnte er aber nicht erwecken. Von unseren Genossen griffen Schneidermeister Thieme und Stadtverordneter Langer und außer ihnen Arbeitersekretär Daniel und der Monteur Koenen in die Debatte ein und gaben verschiedene drastische Bilder über die bestehenden Ernährungsverhältnisse. Zum Schluß fand folgende Entschließung einstimmige Annahme: „Die am 3. Oktober 1918 im Restaurant „Tivoli" in Merseburg tagende Versammlung der Vertreter der organisierten Arbeiterschaft beschließt, den Magistrat zu ersuchen, mit einer aus Vertretern unserer Stadt gewählten Deputation, der auch Arbeitervertreter angehören müssen, beim Herrn Oberpräsidenten in Magdeburg vorstellig zu werden, um zu erreichen, daß für die hiesige Bevölkerung eine ausreichende Belieferung von Nahrungsmitteln, vor allen Dingen mit größeren Fettmengen und Teigwaren, eintritt."

Merseburg. Städtischer Gänseankauf. Die Stadtverwaltung kann voraussichtlich eine Anzahl Gänse aus Polen erhalten. Um einen Ueberblick zu erhalten, werden Bestellungen auf Gänse, die ungefähr 35 M. kosten sollen, am Dienstag und Mittwoch im Rathaus, 2 Treppen, Zimmer 23, entgegengenommen.

Weißenfels. Ein Unfall beim Rangieren betraf auf dem Güterbahnhofe am Sonntag vormittag die Hilfsbedienstete Schulz aus Naumburg. Sie hatte bereits vor 14 Tagen in ihrem Rangierdienst durch Fall einen Arm gebrochen. Noch nicht vollständig geheilt, übernahm sie am Sonntag ihren Dienst wieder. Schon nach wenigen Stunden kam sie beim Anhängen einer Wagengruppe mit dem Arm zwischen die Puffer und erlitt starke Quetschungen. Sie wurde nach dem Naumburger Krankenhause übergeführt.

Bitterfeld. Einbruch in ein Erbbegräbnis. Den Besuchern des Friedhofs I fiel schon seit einigen Tagen ein penetranter Leichengeruch auf, der aus dem Erbbegräbnis der Familie Jahn drang. Bei den Nachforschungen wurde am Sonnabend festgestellt, daß der Sarg des am 24. Juni aus Memel nach hier überführten verstorbenen Hauptmanns Jahn erbrochen, der Zinksarg in dem die Leiche ruht, aufgeschnitten und die der Leiche in den Sarg mitgegebenen Schmucksachen gestohlen sind. Wie die Beraubung ausgeführt worden ist, konnte bisher nicht festgestellt werden, da an der Eingangstür zum Gewölbe keine Beschädigung wahrgenommen werden konnte, und ein aus der Tür ausgebrochener Gitterstab mit der Beraubung offensichtlich nichts zu tun hat.

— Beschlagnahmtes Getreide. Bei einer Durchsuchung in der Sternstraße wurden von der Polizei 6 Zentner Roggen vorgefunden und beschlagnahmt. Allem Anschein nach ist der Roggen, der offensichtlich zum Verfüttern bestimmt war, im Wege des Schleichhandels erworben. Weiter wurde in vergangener Nacht ein Bewohner der großen Friedrichstraße abgefaßt, als er auf seinem Wagen 3 Zentner Hafer, den er hinten herum erworben hatte, als Futter für sein Vieh, von außerhalb nach seiner Wohnung zu bringen im Begriffe stand.

Bitterfeld. Aus den Verlustlisten. Die preußischen Verlustlisten Nr. 1258 und 1259 enthalten aus dem Kreise Bitterfeld und dessen Umgebung folgende Namen: Otto Brandt aus Serbitz, vermißt. Gefreiter Karl Enigk aus Cletzen, leicht verwundet. Wilhelm Gerber aus Möst, vermißt. Reinhold Hädicke aus Brehna, vermißt. Otto Löffler aus Selben, leicht verwundet. Richard Lorenz aus Greppin, gefallen. Eduard Mandel aus Roitzsch, vermißt. Anton Michalak aus Greppin, vermißt. Unteroffizier Paul Pittler aus Zörbig, gefallen. Unteroffizier Hermann Quilitzsch aus Köckern, gefallen. Bernhard Schleier aus Düben, verwundet. Bruno Walter aus Gräfenhainichen (bisher schwer verwundet), gestorben.

— Aus den Verlustlisten. Die preußische Verlustliste Nr. 1260 enthält aus dem Kreise Bitterfeld und dessen Umgebung folgende Namen: Wilhelm Bähr aus Gollma, gefallen. Paul Berger aus Gordemitz, vermißt. Karl Böhme aus Authausen, schwer verwundet. Hermann Böhnisch aus Zschölkau, vermißt. Hermann Donner aus Delitzsch, vermißt. Kurt Fritzsche aus Badrina, vermißt. Max Girnthe aus Bitterfeld, schwer verwundet. Paul Göldner aus Thalheim, leicht verwundet. Karl Hennig aus Söllichau, gefallen. Oswald Hinze aus Holzweißig, vermißt. Martin Hummel aus Hohenleina, gefallen. Vizefeldwebel Franz Hüthel aus Siedersdorf, gefallen. Karl

---

Zwischen Himmel und Erde.

17] Roman von Otto Ludwig.

Das kleine Mädchen hatte dem erwachsenen, seiner Mutter, von Puppen, Blumen, Kindern, und in seiner Weise manches zweimal, manches nur halb erzählt. Jetzt erhob sie mit altkluger Ernsthaftigkeit das Köpfchen, sah die Mutter bedenklich an und sagte: „Was das nur ist?"

„Was?" fragte die Mutter.

„Wenn du dagewesen bist und fortgehst, sieht er dir so traurig nach."

„Wer?" fragte die Mutter.

„Nun, der Onkel Apollonius. Wer sonst? Hast du ihn gescholten? oder geschlagen, wie mich, wenn ich Zucker nehme und nicht frage? Du hast ihm doch gewiß etwas getan; sonst wär er nicht so betrübt."

Das Mädchen plauderte weiter und vergaß den Onkel bald über einen Schmetterling. Die Mutter nicht. Die Mutter hörte nicht mehr, was das Mädchen plauderte. Was war doch das für ein eigenes Gefühl, wohl und weh zugleich! Sie hatte die Nadel fallen lassen, und merkte es nicht. War sie erschrocken? Er war ihr, als wäre sie erschrocken, etwa so, wie man erschrickt, hat man mit einem Menschen geredet, und wird plötzlich inne, es ist ein anderer, als mit dem man zu reden meinte. Sie hatte gemeint, Apollonius wollte sie beleidigen, und nun sagt das Kind: du hast ihn beleidigt. Sie blickte auf und sah Apollonius vom Schuppen her nach dem Hause kommen. In demselben Augenblicke stand ein anderer Mann zwischen ihr und dem Vorübergehenden, als wäre er aus der Erde gewachsen. Es war Fritz Nettenmair. Sie hatte ihn nicht nahen gehört.

Er kam in seltsamer Hast von einer gleichgültigen Frage auf den „ledernen Ball". Er erzählte, was die Leute darüber meinten, wie jedermann sich beleidigt fühle von der Beschimpfung, daß Apollonius sie damals nicht aufgezogen, nicht einmal zum ersten Tanze. Eigen war es, wie sie jetzt daran erinnert wurde, empfand sie es stärker, als je; aber nicht zürnend, nur wie mit wehmütigem Schmerze. Sie sagte das nicht. Es war nicht nötig. Fritz Nettenmair war wie ein Mensch im magnetischen Schlaf. Er brauchte sie nicht anzusehen; mit geschlossenen Augen, von einem Baumblatt, einer Zaunlatte, von einer weißen Wand las er ab, was sein Weib fühlte.

„Wir werden ihn bald los werden, denk ich," fuhr er fort, als hätte er nicht an der Stallwand gelesen. „Es ist kein Platz für zwei Haushälte hier. Und die Anne ist weiten Raum gewöhnt."

So hieß das Mädchen, mit der Apollonius am „Ledernen" tanzen, die er heimbegleiten mußte. Sie war seither öfter hier gewesen unter Vorwänden, die ihre hochrote Wange Lügen strafte. Auch ihr Vater, ein angesehener Bürger, hatte sich um Apollonius' Bekanntschaft gemüht, und Fritz Nettenmair hatte die Sache gefördert, wie er konnte.

„Die Anne?" rief die junge Frau wie erschreckend.

„Gut, daß sie nicht lügen kann," dachte Fritz Nettenmair erleichtert. Aber es fiel ihm ein, ihr Unvermögen, sich zu verstellen, kam ja auch dem argen Plan des Bruders zu gut. Er hatte die Eifersucht als letztes Mittel angewandt. Das war wieder eine Torheit, und er bereute sie schon. Sie kann sich nicht verstellen; und wäre er noch ganz der alte Träumer, ihre Aufregung muß ihm verraten, was in ihr vorgeht; ihre Aufregung muß ihr selber verraten, was in ihr vorgeht. Noch weiß sie es selbst ja nicht. Und dann — er stand wieder an dem Punkte, zu dem jeder Ausgang ihn führt; er sah sie sich verstehen; „und dann," zwängte er zwischen den Zähnen hervor, daß jede Silbe daran sich blutig riß, „und dann — wird sie's schon lernen!"

Der Bruder erwartete ihn in der Wohnstube. „Er muß doch einen Vorwand machen, warum er da vorbeikam, wo er sie allein dachte, da er weiß, ich hab ihn gesehen." So dachte er und folgte dem Bruder.

Apollonius wartete wirklich in der Wohnstube auf ihn. Der Bruder gab sich durch seine Wendung auf den Fersen recht, als er ihn sah. Apollonius suchte den Bruder auf, ihn vor dem ungemütlichen Gesellen zu warnen. Er hatte manches Bedenkliche über ihn gehört und wußte, der Bruder vertraute ihm unbedingt. „Und da befiehlst du, ich soll ihn fortschicken?" fragte Fritz, und konnte nicht verhindern, daß sein Groll einmal durchschimmerte durch seine Verstellung. Apollonius mußte aus dem Tone, mit dem er sprach, seine wahre Meinung herauslesen. Sie hieß: „du möchtest auch in den Schuppen dich eindrängen, und mich davon vertreiben. Versuchs, wenn dus wagst!"

Apollonius sah dem Bruder mit unverhehltem Schmerze in das Auge. Er fuhr mit der Hand über des Bruders Rockklappe, als wollte er wegwischen, was sein Verhältnis zu dem Bruder trübte und sagte: „Hab ich dir was zuleid getan?"

„Mir?" lachte der Bruder. Das Lachen sollte klingen, wie: „Ich wüßte nicht, was?" aber es klang: „Tust du was anders, willst du was anders tun, als wovon du weißt, daß es mir leid ist?"

„Ich wollte schon lange dir etwas sagen," fuhr Apollonius fort, „ich wills morgen; du bist heute nicht gelaunt. Das mit dem Gesellen mußtest du erfahren, und es war nicht so gemeint, wie dus aufnahmst."

„Freilich! Freilich!" lachte Fritz. „Ich bin überzeugt. Es war nicht so gemeint."

Apollonius ging, und Fritz ergänzte seine Rede: „Es war nicht so gemeint, wie du, Federchensucher, mich glauben machen willst. Und anders gemeint, als ichs aufnahm? Du meinst, ich hab — Der Geselle ist ein schlechter Kerl; aber du hättest mich nicht gewarnt, hättest du keinen Vorwand gebraucht." Er machte eine überlegene Wendung auf den Fersen; in seinen verwüsteten Zustand hinein hatte ihn die glückliche Anwendung von des alten Herrn diplomatischer Kunst, durch Halbsagen zu verschweigen, gefreut.

Die Freude war schnell vorübergehend; die alte Sorge schraubte ihn wieder auf die Marterbank. Und noch eine jüngere hatte sich ihr zugesellt. Er hatte das Geschäft vernachlässigt; der Geselle, in seiner Abwesenheit Herr im Schuppen, hatte Gelegenheit genug gehabt, ihn zu bestehlen, und sie gewiß benutzt. Bei der Reparatur war er schon lange nicht mehr tätig; Apollonius mußte einen Gesellen mehr annehmen, und für den Bruder einstellen. Er verdiente schon lange nichts mehr, und versäumte doch dabei kein öffentliches Vergnügen. Die Achtung der bedeutenden Leute zeigte eine wachsende Neigung zum Sinken, und war nur durch wachsende Massen von Champagner aufrecht zu erhalten. Er hatte sich in Schulden gesteckt, und vergrößerte sie noch täglich. Und doch mußte einmal der Augenblick kommen, wo der mühsam erhaltene Schein von Wohlhabenheit verging. Er wußte, daß er nur so lang der Geachtete war, als er der Jovialste der Jovialen galt. Er war klug genug, den Unwert solcher Achtung und solchen Bemühens um ihn zu erkennen, aber nicht stark genug, es entbehren zu können. Es war kein kleiner Zuwachs zu der alten Marter, und jene, wie diese, kam ihm von dem Bruder, nur von ihm!

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181009-12/fragment/page=0005

Oblauda aus Brodau, gestorben an seinen Wunden. Karl Richter aus Pohritzsch, vermißt. Otto Thieme aus Niemegk, vermißt. Franz Troschinsky aus Holzweißig, vermißt. Otto Wust aus Lehelitz, Kr. Delitzsch, vermißt.

Aus der sächsischen Verlustliste Nr. 545: Otto Tennert aus Jeßnitz, leicht verwundet.

Mansfeld. (Bahnhof.) Vierbeiniger Räuber. Ein nicht unerheblicher Schaden wurde dem Vorsteher des Bahnhofes Mansfeld durch einen grossen Hund zugefügt. Derselbe zerfleischte 3 weitvolle Hühner des genannten Herrn und fraß zwei davon bis auf die Eingeweide auf.

Kelbra. Einen empfindlichen Schaden erlitt der weit und breit bekannte Debster Bernsdorf von hier. Er hat in Bösenrode eine Zwetschenplantage gepachtet. In der Nacht von Dienstag zum Mittwoch wurde die Debster-Bude gewaltsam erbrochen und ein beträchtlicher Posten Mussptaumen gestohlen. Der Schaden beläuft sich auf mehrere hundert Mark. Ein Korb wurde in entleertem Zustande in einer Felsschlucht gefunden. Von den Dieben fehlt bis jetzt jede Spur; es ist noch nicht gelungen, dieselben zu ermitteln.

Crawinkel bei Bad Bibra. Weiblicher Einbrecher. Das Dienstmädchen Therese Ellenberg aus Wolfsbehringen war hier in Stellung, beim Landwirt Kirsten durchs Fenster eingestiegen und hatte 3 Schürzen, 1 Reisetasche, 1 Paar Schuhe, sowie 2 M. und eine Mandel Eier gestohlen. Auf dem gleichen Wege hatte sie von Frau Treutmann dort 4 Blusen, 1 Kleiderrock, 4 Büchsen Konserven und sonstige Lebensmittel geholt und ein Paar Hühner an Ort und Stelle abgeschlachtet. Sie wurde von der Strafkammer Naumburg wegen schweren Diebstahls in 2 Fällen zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Zur Intervention in Rußland.

Späte Erkenntnis der Entente-Sozialisten.

fk. Daß die von London und Paris aus verbreiteten Beweggründe der Intervention das Gegenteil der Wahrheit sind, ist jedem halbwegs Kundigen klar. Die Entente wird, wie in diesen Spalten schon gesagt worden ist, aus **Haß gegen die sozialistische Republik**, weil diese sich weigert, Geld und Truppen zu liefern, an die Murmanküste getragen. Diese Erkenntnis ist nun endlich auch den Entente-Sozialisten aufgegangen, wie die allmählich eintreffenden Sitzungsberichte der **Londoner Konferenz** dartun. Sie lassen erkennen, daß die Behandlung der Intervention ein etwas anderes Ergebnis gehabt hat, als er nach dem Reutertelegrammen den Anschein haben mußte. Trotz der auf Irreführung und Abschwächung gerichteten Tätigkeit der Zensur weisen die Sitzungsberichte noch Zeichen genug dafür auf, daß die Aussprache über die Intervention sehr bewegt gewesen und schwere Gründe gegen dieselbe angeführt worden sind. Das Ende der Erörterung bildete der Beschluß: „Die Konferenz ruft die Arbeiterschaft der verbündeten Länder zur Wachsamkeit auf gegenüber den furchtbaren Gefahren einer politischen Intervention in Rußland. Anstatt, daß sie die demokratischen Bestrebungen unterstützt, begünstigt sie das Bestreben nach Wiederherstellung der Monarchie; und **unter dem Vorwand, den Bolschewismus zu bekämpfen, wird die Reaktion gegen die Demokratie unterstützt.** Dieser Politik unwiderstehlich Opposition zu machen, ist die elementarste Pflicht des westsozialistischen Proletariats."

Dieser Beschluß wurde selbst von Kerensky, der bislang nicht laut genug nach Intervention schreien konnte, lebhaft befürwortet. Er hat, wie seine in der Humanite veröffentlichte Rede bezeugt, schwere Zweifel an der Selbstlosigkeit der Entente bekommen. Der sozialistische Renegat mochte sich als Helfer und Freund empfangen und behandelt hoffen; statt dessen wurde er vom Tage seiner Ankunft in England an mit tiefem Mißtrauen verfolgt, seine geplante Reise nach Amerika verhindert die englische Regierung, jeder seiner Schritte stößt auf amtlichen Widerstand, die große Presse hat bloß ranzige Vorwürfe für ihn, auf seine Beteuerungen, daß er bloß für die Entente wirke, antwortete beißender Spott. Nach alledem darf es nicht mehr wundernehmen, wenn Kerensky seine Worte mehr zu Lob und Preis des Edelmuts der Entente findet, sondern mit Anklagen aufwartet. Er erinnert an die Machenschaften der Entente in Archangel, an den fehlgeschlagenen Staatsstreich von Chapline, er erklärt, daß militärische wie bürgerliche Vertreter der Verbündeten in Rußland zugunsten der Reaktion handelten.

Allein gewichtiger als die Anklagen dieses durch schnöden Undank mißmutig gemachten landmachtlosen und hilflosen Verbannten wiegt das Zeugnis Hyndmans, des (einst) radikalen Sozialistenführers und gegenwärtigen Deutschenfressers und Kriegshetzers. In der Justice vom 12. September erklärte er, daß die Macht der internationalen Finanz, in Rußland Schaden anzurichten, unterschätzt werde. Er bedauert, daß die Finanz in England wie in Frankreich noch allmächtig sei. Sie sei es, die in dem ohnmächtigen Rußland die Wiederherstellung der Monarchie betreibe. Das einzige Ziel der Finanziers und Geldleiher sei, die Zinsen für das geliehene Geld zu sichern. „Jede andere Erwägung ist," sagt Hyndman, „in ihren Augen nebensächlich und untergeordnet. Sie denken nur in Geldwerten, ihre Politik ist die ihres Geldschrankes. Sie meinen, die Republik der Bauern und Arbeiter sei als Bürge für ihre Zinsen weniger sicher als die zaristische oder konstitutionelle Monarchie. Vor dem Krieg hat Frankreich eine Milliarde Pfund nach Rußland gesandt, nach Kriegsbeginn hat England seinerseits Hunderte von Pfundmillionen dem Zarismus vorgestreckt. Das ist der Grund, warum gewisse konservative Kreise eifrig für die Wiedereinsetzung der Romanows arbeiten; warum sie die gute alte Zeit der Großfürsten und der Schwarzen Hundert preisen; warum sie ihr Möglichstes gegen die demokratische Republik unternehmen, die ihre Milliarden gefährdet." Nachdem dann Hyndman eindringlich auf die Machenschaften gegen die russische Republik, die in den auswärtigen Aemtern der verbündeten Länder wohlwollende Unterstützung fanden, hingewiesen hat, verlangt er, daß diese gefahrenschwangere Politik rücksichtslos bloßgestellt werde.

Es kann als ziemlich sicher gelten, daß Hyndmans Ausführungen die Beschlüsse der Londoner Konferenz wesentlich beeinflußt haben. Sie hat sich nun zwar gleichfalls gegen die Interventionspolitik gewandt, aber bloß in Worten. Ob diesen Worten Taten folgen werden, bleibt abzuwarten. Viel Hoffnung läßt die bisherige Erfahrung mit den Londoner und Pariser Kammersozialisten wahrhaftig nicht.

Aufruf gegen die Arbeiterkontrolleure.

Die von der Arbeiterschaft mehr betonte Forderung, durch Personen aus ihren Kreisen bei der staatlichen Gewerbeaufsicht und den berufsgenossenschaftlichen Betriebsrevisionen mitzuwirken, hat die Gegner dieser Reform veranlaßt, mit ihren alten, stark abgenutzten Argumenten wieder vor die Oeffentlichkeit zu treten. In einer Abhandlung unter dem Titel Weibliche Hilfskräfte im Gewerbeaufsichtsdienst (in der Zeitschrift Technik und Wirtschaft, Heft 6 dieses Jahrgangs) tritt uns hier der Gewerbeinspektor Morgner (Chemnitz) entgegen, wovon Einzelheiten nicht unbeachtet bleiben dürfen. Der Herr Gewerbeinspektor als Hochschultechniker ist ganz entschieden gegen eine Anstellung von weiblichen Hilfskräften. Hierzu wird u. a. ausgeführt: „Die Erfolge, die unsere Unfallverhütung in der verhältnismäßig kurzen Zeit des Bestehens unserer Arbeiterschutzgesetzgebung aufzuweisen vermag, sind ein weiterer, sehr beachtenswerter Beitrag für die Richtigkeit der Behauptung, daß nur Maschinen- und Elektrotechniker und Chemiker eine sachgemäße und erfolgreiche Behandlung der Unfallfragen verbürgen. Zugleich sollten sie eine Warnung sein, von dem bisherigen über alle Maßen bewährten Weg abzuweichen. Zu den Fragen des Arbeiterinnenschutzes sei hervorgehoben, daß insbesondere die Maschinen mit vorwiegend weiblicher Bedienung, z. B. der Textilindustrie, des Buchdruckereigewerbe, der Wäschereien, der Nahrungsmittelindustrie, der Papierherstellung und -verarbeitung usw., in Deutschland in ganz vorzüglicher Weise dem Arbeiterinnenschutz angepaßt sind. Dieser tadellose Stand ist das Ergebnis einer oft sehr langwierigen gemeinsamen Arbeit von technischen Betriebsbeamten, Maschinenkonstrukteuren, intelligenten Arbeitern und Unfalltechnikern. Die in der Praxis noch nicht völlig gelösten Fragen des Unfallschutzes für Arbeiterinnen können nur auf Grund sachlicher Arbeit befriedigend gelöst werden. Noch klarer tritt dieses für den hautechnischen Arbeiterschutz zutage, der bereits vor Beginn der Bauten durch Prüfung der Baupläne auf Stand- und Verkehrssicherheit usw. gewahrt wird. Eine Ausnahme besteht in letzterer Hinsicht für den Bauarbeiterschutz während der Ausführung der Bauten, wobei neuerdings die Tragfähigkeit der Gerüste durch Prüfung oder statistische Berechnung nachgewiesen werden muß, der ohne praktisch und theoretisch erfahrene Bautechniker undenkbar und für eine laienhafte Aufsichtsführung völlig unzugänglich ist. — Für die Gewerbehygiene ist ein den Aufwendungen nur einigermaßen entsprechendes Ergebnis von weiblichen Hilfskräften noch viel weniger zu erwarten... Außerdem sollen diese Beamtinnen den Arbeiterinnen Gelegenheit zu einer mündlichen Aussprache über Angelegenheiten der Arbeitsverhältnisse bieten, mit denen letztere sich aus weiblichem Empfinden nicht an den männlichen Aufsichtsbeamten wenden würden. Indes ist auch nach den Jahresberichten dieser Aufsichtsbeamtinnen in dieser Beziehung nur ein geringes Bedürfnis zutage getreten usw." Wie aus dieser Abhandlung zu ersehen ist, ist der Herr gegen eine Mitwirkung der Arbeiter, und besonders sind nach seiner Meinung „von den weiblichen Hilfskräften keine großen Erwartungen zu hegen".

Nach dieser Darstellung leben wir in der besten aller Welten. Die ganze ungeheure gewerbliche Unfall- und Krankenbelastung infolge der Schutzunterlassungen und besonders durch eine ungenügende Betriebsaufsicht, erscheinen hier als unbekannte Dinge. Daher auch keine Spur der Erkenntnis zu einer dringenden Reform der Gewerbeaufsicht. Den „intelligenten Arbeiter" als praktische Kraft bei der Schaffung von Schutzeinrichtungen und -vorschriften läßt sich der Herr wohl gefallen, bloß die Beaufsichtigung der Betriebe muß ein Reservatrecht der Hochschultechniker bleiben.

Vor allem hier die wahrzunehmende Geringschätzung gegenüber den praktisch-technischen Kenntnissen und die überaus hohe Meinung von dem theoretisch-technischen Wissen. Es ist der starre und doktrinäre Glaube, der selbst in den Kreisen der höheren Verwaltungsbehörden und der Techniker nicht mehr geteilt wird. Eine Ueberspannung der theoretisch-technischen Anforderungen muß auch schließlich bei der Gewerbeaufsicht zu einem Mißerfolg führen. Das höhere technische Wissen muß mit der Praxis bei der Unfallverhütung und der Gewerbehygiene Hand in Hand arbeiten. Der Niederschlag dieser gemeinsamen Arbeit soll in den Unfallverhütungsvorschriften und in den behördlichen Schutzmaßnahmen seinen normalverständlichen Ausdruck erhalten. Wenn behördlicherseits bei außergewöhnlichen Bauten für die Standsicherheit der Gerüste eine statistische Berechnung verlangt wird, so ist das begreiflich; für die Durchschnittsbauten bestehen für jeden Bauleiter oder Polier Normalien, nach denen er erfahrungsgemäß an der Hand der Schutzvorschriften ein zuverlässiges Gerüst bauen kann; hier wirkt eben die Praxis mit. Noch beträchtlich einfacher geben sich diese Einrichtungen in der übergroßen Zahl anderer Gewerbebetriebe, wo doch für den Arbeiterschutz in erster Linie die Unfallverhütungs- und behördlichen Schutzvorschriften für die Arbeiter, Betriebsleiter und den Aufsichtsbeamten zum Anhalt zu nehmen sind. Von den Arbeitern wird immer ein gewisses Verständnis von diesen Vorschriften verlangt; dasselbe wird man doch bei dem Gewerbeaufsichtsdienst, auch von den in den einzelnen Gewerben oder Berufen praktisch geschulten Arbeiterkontrolleuren oder -kontrolleurinnen (als Gewerbe-Aufsichtsassistenten) bestimmt erwarten dürfen. Mehr wird erst mal von diesen Kontrollorganen zur Durchführung dieser Bestimmungen nicht verlangt werden können. Im übrigen „wächst der Mensch" durch Uebung und Erfahrung „mit der Größe seiner Aufgaben".

Wie in der Fachschrift Baupolizeiliche Mitteilungen im August 1912 veröffentlicht wurde, hat der Rat der Stadt Chemnitz zu der erörterten Frage der Anstellung von Arbeiterkontrolleuren in der Stadtverordnetenversammlung das Ergebnis einer Rundfrage an eine Zahl süddeutsche Städte bekanntgegeben. In Betracht kamen München, Augsburg, Nürnberg, Stuttgart, Fürth, Kissingen, Ludwigshafen und Würzburg. Im ganzen waren 13 Fragen gestellt, wovon hier als die wichtigsten die Fragen 7 und 8 anzuführen wären. Die Frage 7: Ob sich die Arbeiterkontrolleure zur Wahrung der ihnen überwiesenen Obliegenheiten als geeignet erwiesen haben? Diese Frage wurde von sämtlichen Magistraten mit „Ja" bejahtigt. Die Frage 8: Ob sich Schwierigkeiten aus der Zusammenarbeit der technisch vorgebildeten Kontrolleure mit den Arbeiterkontrolleuren ergeben haben? Diese Frage wurde von sämtlichen Magistraten verneint. Von Interesse ist noch die Frage 10: Haben sich Schwierigkeiten bei der Einführung mit den Arbeitgebern ergeben? München äußert sich dahin, daß sich anfangs wohl Schwierigkeiten gezeigt hätten, inzwischen habe sich aber die Sache eingerichtet, und die Arbeitgeber seien jetzt selber ein, daß sie durch diese Bautenkontrolle entlastet wurden. Die anderen Magistrate sprechen sich in derselben Weise aus. Also was will man mehr? Genau so würden sich die Verhältnisse in der Industrie gestalten. Aber wirklich mal angenommen, daß man sich bei der Auswahl der Personen vergriffen hätte, wäre damit eine Unfähigkeit der intelligenten Arbeiterschaft zur amtlichen Betriebsaufsicht bewiesen? Hierzu sei bemerkt, daß bei den übrigen amtlichen Ressorts der staatlichen und Gemeindeverwaltungen bei der Anstellung von Personen derartige Mißgriffe auch sehr oft vorgekommen sind!

Es liegt auch im Interesse der Unternehmer, wenn sie, einer besseren Einsicht folgend, sich bereit finden, einer intensiveren und wirkungsvolleren organisierten Gewerbeaufsicht mehr Würdigung und Anerkennung entgegenzubringen. Und das um so mehr, wo die schutztechnisch besser ausgestatteten Betriebe wie bis jetzt oft für die Unterlassungen anderer Betriebsunternehmer materiell mit eintreten müssen. Die finanziellen Belastungen einzelner Gewerbe durch das Manko von schutztechnischen Einrichtungen sind vielfach enorm. Ein fortschreitender und gleichartiger Ausbau der Schutzeinrichtungen in einem Gewerbe oder Berufe wird dazu beitragen, diese Ausgaben ganz beträchtlich niedriger zu gestalten und außerdem die Konkurrenzverhältnisse auf einen mehr gesunden Boden zu stellen. Die dringende Anstellung von Arbeiterkontrolleuren als Gewerbeaufsichtsassistenten ist deshalb nicht nur bevölkerungspolitischer, sondern auch volkswirtschaftlicher Natur und daher eine Sache der höheren Zweckmäßigkeit für den Staat.

G. Heinke.

Sammelt alles Abfallgut!

Nichts ist wertlos!

Zur Eröffnung des Provinzial-Museums für Vorgeschichte in Halle.

Zur Geschichte des Museums.

Das Provinzialmuseum zu Halle, das am 9. Oktober d. J. eröffnet wird, ist 1910 neubegründet und 1911—12 neu gebaut als Landesmuseum für Vorgeschichte der Provinz Sachsen zugleich mit den Pflichten einer Landesanstalt für Vorgeschichte. Es ist hervorgegangen aus dem Museum für heimatliche Geschichte und Altertumskunde, das seinerzeit die Fortsetzung der Sammlung des sächsisch-thüringischen Geschichtsvereins war. Unter den vaterländischen Geschichtsvereinen, die in der Not der Freiheitskämpfe durch des Freiherrn vom Stein tiefblickendes Wiederherstellungswerk völkisch-vaterländischen Denkens und Fühlens ins Leben gerufen waren, ist der sächsisch-thüringische Geschichtsverein einer der ersten und erfolgreichsten gewesen. Bei der großen Fülle der sachlichen und geistigen Belange, die die Länder boten, die sich bald stolz als Herz Deutschlands fühlten, gewann der Verein Führerstelle. Früher und eindringlicher als in manchen anderen erkannte man in seinem Kreise die grundlegenden Aufgaben, die der vaterländischen Vorgeschichtsforschung zufallen, und so gewann sie bald die Oberhand in den Sammlungen, die zudem durch ständigen Mangel an Mitteln, Kräften und Räumen niemals zu großzügigen und reichen geschichtlichen Erwerbungen gelangen konnten. Die vorgeschichtliche Forschung erforderte damals keine besonderen Anstrengungen nach dem Stand ihrer Arbeitsweisen. Die großen Ansprüche, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts an die Museen für geschichtliche Altertümer gestellt werden, konnten in Halle nicht erfüllt werden, die Vorgeschichte trat in den Vordergrund, der Weg zur heutigen Entwicklung war gegeben und blieb Schicksal.

Die Vereinssammlung war hervorgegangen aus der des alten 1817 gegründeten Antiquitätenvereines und zunächst in Naumburg, seit 1823 in Halle untergebracht gewesen. Auf Beschluß des Provinziallandtages wurde sie 1882 in den größeren Rahmen eines Provinzialmuseums aufgenommen, das seine erste Stätte in 7 Zimmern der alten erzbischöflichen Residenz am Domplatz in Halle in den Räumen des vormaligen pathologischen Institutes, dann Frauenklinik fand. Hier blieb es, bis das neue Provinzialmuseum am Wettinerplatz erbaut war.

Bis 1884 hatten oft wechselnde Beauftragte des Vereins die Sammlungen betreut. Die vielfachen Ausgrabungen waren nur zum Teil durch den Verein, viele durch Freunde und Gönner der Forschung ausgeführt. Die Veröffentlichungen geschahen in den Schriften des Vereins.

Seit der Eröffnung 1884 wurden Direktoren am Provinzialmuseum angestellt.

Die 1883 gegründete historische Kommission stellte eine eigene Jahresschrift für die Vorgeschichte der sächsisch-thüringischen Länder, sowie gelegentliche Mitteilungen aus dem Provinzialmuseum (beides in den seit 9. Oktober 1918 erscheinenden „Veröffentlichungen des Provinzialmuseums für Vorgeschichte zu Halle" fortgesetzt) und hier und da ihre Neujahrsblätter für vorgeschichtliche Veröffentlichungen zur Verfügung. Auch das großzügige Werk „vorgeschichtliche Altertümer Thüringens", herausgegeben von Göpe, Höfer, Jschische, ging aus ihrem Kreise hervor.

Neben dem Provinzialmuseum sammelt eine größere Anzahl Vereine städtische und Kreissammlungen in der Provinz Sachsen „Altertümer", meist unter Betonung der geschichtlichen Zeit, manche unter Mitberücksichtigung der Naturwissenschaften, die meisten mit Einbeziehung vorgeschichtlicher Zufallsfunde ihrer Gegend. Zeitweise wurde in einigen dieser Sammlungen die Vorgeschichte besonders gepflegt, wenn zufällig dafür interessierte Persönlichkeiten am Orte waren. Nicht alle diese Sammlungen arbeiteten und arbeiten nach festen Grundsätzen und in den Grenzen bestimmter Sammlungsgebiete, die ihren Kräften, Mitteln und Räumen ihrer Entwicklungsmöglichkeit angepaßt sind. Der Trieb zum eigenen Museum herrschte eine Zeitlang bis in die kleinsten Orte hinein und weicht erst jetzt der Erkenntnis, daß das Retten, Betreuen und Erforschen heimatlicher Altertümer eine ernste, verantwortungsvolle Sache ist. Eine organisierte Zusammenarbeit aller Museen im Lande fehlt bis heute.

Die Veröffentlichungen und sonstige Forschungstätigkeit innerhalb der Provinz fanden seither für die Vorzeitforschung einen gewissen Zusammenschluß in der Jahresschrift des Provinzialmuseums.

Die Räume in der alten Residenz waren sehr bald viel zu eng geworden für eine umfassende Heimatsammlung, und Mittel und Kräfte reichten nicht im entferntesten mehr aus, den Anforderungen der heimatlichen Altertumswissenschaften zu genügen. Die Landesverwaltung stand damit vor der Frage einer Neuordnung der Dinge, die 1906 im Landtage zum erstenmal dringlich gestellt wurde. Die Verhandlungen von 1910 beschäftigen sich mit dieser Frage und es wurde Entscheidung gefordert zwischen verschiedenen Möglichkeiten: das Provinzialmuseum in größerer zeitgemäßer Aufmachung seinen bisherigen Aufgaben entsprechend auszugestalten, mußte sehr große Mittel erfordern, besonders auch für die Beschaffung geschichtlicher Altertümer höheren Wertes, an dem noch rechter Mangel war, zumal im Vergleiche mit anderen Provinzialmuseen. Diesem Wege standen auch die Ansprüche der mittlerweile erstarkten anderen Museen und Sammlungen im Lande entgegen. Es wurde sogar der Vorschlag gemacht, den Gedanken eines Landesmuseums ganz aufzugeben und die bestehenden Sammlungen an die Stätte der Provinz zu verteilen. Im Landtage von 1910 drang der als Vermittlungsvorschlag gedachte Plan durch, die Landesverwaltung solle künftig nur die vor- und frühgeschichtliche Forschung in der Provinz als ihren Anteil an den wissenschaftlichen musealen Aufgaben der Provinz übernehmen, diese aber mit allen möglichen Mitteln fördern.

Der Landtag machte sich damit die Grundsätze neuzeitlicher Forschung zu eigen, daß es von einem über örtlichen und anderen Sonderbestrebungen stehenden Standpunkt ratsam sei, die örtlichen städtischen, Kreis- und Vereinssammlungen, geschichtliche und naturgeschichtliche Forschung ihrer Gegend treiben zu lassen, die im wesentlichen immer stark örtlich gesonderte und gefärbte Aufgaben darbietet, daß dagegen die vor- und frühgeschichtlichen Fragen als vor aller in heutige Verhältnisse auslaufender geschichtliche Landeseinteilung liegend, Sache der größeren Einheit ist: Aufgabe der Landesmuseen in erster Linie.

Die vielen Möglichkeiten zur Erwerbung und Betreuung geschichtlicher Altertümer sollten den Einzelsammlungen nach der Grade ihrer Leistungsfähigkeit gesichert werden, man glaubte erwarten zu dürfen, daß als Gegengewährung für diese Ausschaltung eines starken Wettbewerbs seitens der Museen und Sammlungen im Lande dem neuen Landesmuseum die Hauptanwartschaft auf vor- und frühgeschichtliche Altertümer zugestanden werde. Von diesem Gesichtspunkte aus entschloß sich die Landesverwaltung sogar, die bereits vorhandene historische Sammlung des Provinzialmuseums an andere Museen in der Provinz abzugeben, die auf solche Ordnung der Verhältnisse eingehen wollten.

In die Anfänge dieser neuen Entwicklung fiel das preußische Ausgrabungsgesetz vom März 1914, dessen wesentliche Grundlage die Anstrebung einer geordneten, durch vernünftige Arbeitsteilung gewährleisteten Erhaltung und Erforschung der heimatlichen Sachaltertümer der Vorzeit ist. Hierbei decken sich die Absichten unseres nunmehr auch als Landesanstalt für Vorgeschichte tätigen Provinzialmuseums völlig, unbeschadet sonstiger Ansprüche weiterer in der deutschen Staatsordnung begründeter Zusammenfassungen und Auslesen.

Die Neuordnung in der Provinz Sachsen setzte sofort 1912 ein mit dem Neubau, der nach Grundplänen des derzeitigen Direktors von Professor Kreis-Düsseldorf ausgeführt ist mit einem Bauaufwand von 740 000 M. einschließlich erste Einrichtung.

Eine große Fülle Neuerwerbungen (an 100 000 Nummern) durch Kauf, Schenkungen und Ausgrabungen haben die vorgeschichtlichen Sammlungen schnell vermehrt. Der Krieg hat den erhofften und auf Grund der reichen gewährten Mittel voraussehenden schnellen Aufstieg der neuen Landesanstalt verlangsamt, aber dank der Anspannung aller vorhandenen, durch Heranziehung aller erreichbaren Kräfte und Mittel nicht aufgehalten, die große für alles neue notwendigerweise grundlegende Arbeit der wissenschaftlichen Neudurcharbeitung der alten Sammlungen, aus ihr sich ergebend die Anlegung eines umfassenden Archives für die vorgeschichtliche Landesforschung, weiter der Ausbau der stark lückenhaften Bestände, endlich die Einrichtung des schönen neuen großen Heims am Wettinerplatz haben soweit durchgeführt werden können, daß das Landesmuseum für die Vorgeschichte der Provinz Sachsen als eine deutsche Kriegsarbeit seine Pforten öffnen darf: von glücklicher Friedenszukunft Ergänzung und würdigere Ausgestaltung mancher Einzelheiten erhoffend, aber für die Vollender das Bewußtsein gewährend, dem vaterländischen Gedanken in schwerster Zeit eine Stätte geschaffen zu haben, an der des deutschen Wesens Kern und Wurzeln in die Jahrtausende der Anfänge der europäischen Menschheit zurückverfolgt werden sollen — ein Wegweiser aus der fernsten kraftvollen Vorzeit in kraftvolle helle Zukunft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181009-12/fragment/page=0006